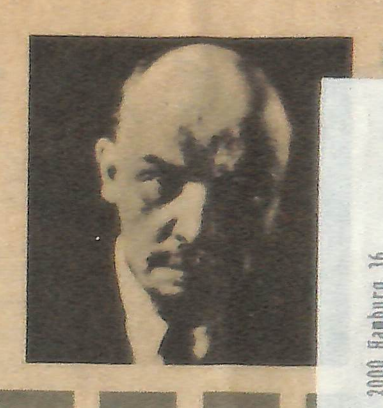


Daneben gegriffen *Robert Kurz widerspricht der These, die Georg Fülberth auf dieser Seite vertritt. Deutschland Weltmacht? Angesichts der Probleme, die das »Vierte Reich« sich mit dem Griff danach eingehandelt habe, sei es doch sehr fraglich, was es zu fassen bekommen habe.* **Seite 9**



Hose runter *Steckt im deutschen Nationalismus eine besonders widerwärtige Spezies (Unter-)Mensch? Die Polemik von KONKRET gegen das neue Deutschland werde im Stil eines vom deutschen Volk enttäuschten Streiters für ein besseres Deutschland vorgetragen, so Karl Held auf* **Seite 6**



Link [illegible] *der Niederla-* [illegible] *en Staaten in* [illegible] *hat die gesam-* [illegible] *gsrahmen ver-* [illegible] *nicht nur welt-* [illegible] *en, sondern es* [illegible] *r. Jan Philipp* [illegible] *ert diese These* [illegible]

konkret extra

Gebühr bezahlt Folge KONKRET 5a C 12027 E Postvertriebsstück DM 2,50 öS 20 sfr 2,50 Nr. 1/1993

Griff geglückt

Von Georg Fülberth

Einen dritten Griff Deutschlands nach der Weltmacht wird es nicht geben, denn er hat inzwischen bereits erfolgreich stattgefunden. Mit dem Kalten Krieg hat die BRD nicht den Zweiten Weltkrieg nachträglich gewonnen, wohl aber den Ersten

Deutschland als Weltmacht: darunter haben wir uns nicht etwas Phantastisches vorzustellen, etwa Master of the Universe. Derlei kann man vielleicht mit Hitler verbinden, nicht aber mit Kohl und dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der im September 1914 ein Kriegsziel-Programm aufstellte, das 1918 scheiterte, aber 1989 ff. realisiert wurde. Dort stand u.a.:

»Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.«

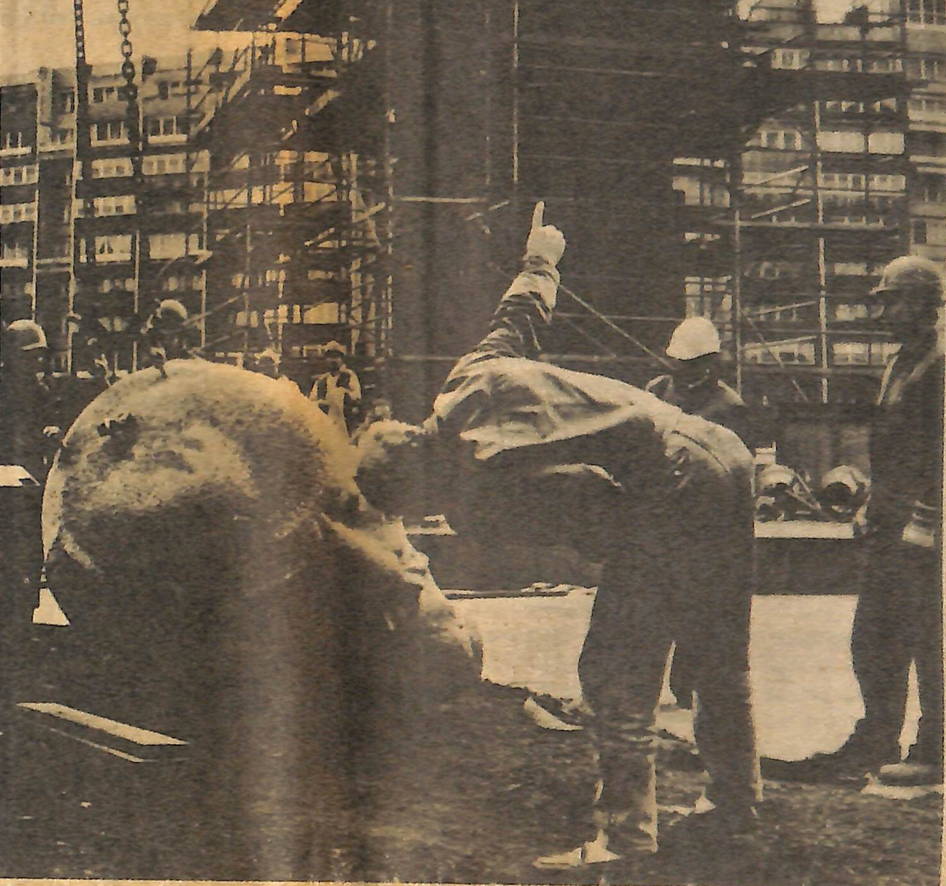
Die hier formulierten Ziele sind heute verwirklicht. Dabei ist einzuräumen, daß im Septemberprogramm von 1914 noch weitere Forderungen stehen, insbesondere Annexionen zu Lasten Frankreichs und Belgiens. Die Tatsache, daß daraus nichts wurde, ist irrelevant. Eine Einverleibung Belforts und des Westabhangs der Vogesen z.B. wurde von Bethmann Hollweg nur verlangt, um professionellen Vorstellungen der Militärs entgegenzukommen, die allerdings durchaus in einem Zusammenhang mit dem ökonomischen Kern des Programms standen. Wenn man, wie in der Kriegszieldenkschrift festgelegt, das französische Erzbecken von Briey annektierte, war damit zu rechnen, daß Frankreich diesen Raub mit militärischen Mitteln zu revidieren trachten werde. Aus dem gleichen Grund war nach dem 1871 erfolgten Anschluß des Elsaß und Lothringens an ein dauerhaft friedliches Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht zu denken. Der Revanche sollte also durch die Annektion militärischer Schlüsselstellungen vorgebeugt werden. Dies ist heute nicht nur unmöglich, sondern auch unnötig, da die deutsche Vorherrschaft in Europa jetzt nicht auf bewaffneter Vorherrschaft beruht, sondern auf ökonomischer Dominanz.

Ein territorialpolitisches Ziel des Septemberprogramms von 1914 ist nach 1989 allerdings doch erreicht worden: Bethmann Hollweg hatte gefordert, daß »Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden« solle.

Dieses zweite Resultat eröffnet die Perspektive eines »Informal Empire« Deutschlands im Osten, vergleichbar mit der Stellung der USA gegenüber Lateinamerika. Auch hier handelt es sich – zwar nicht ausschließlich, aber *in erster Linie* – um einen ökonomischen, nicht um einen vor allem militärischen Tatbestand. Das »Informal Empire« muß nicht erst hergestellt werden, es besteht schon.

Wir haben zu unterscheiden zwischen Weltherrschaft und Weltmacht. Letztere bedeutet eine ökonomische, politische und – sei es latent, sei es offen – militärische Machtentfaltung, die es einem Staat (in diesem Fall: Deutschland) erlaubt, seinen Willen über seine eigenen Grenzen hinaus in einem relativ klar bestimmbaren Hegemonialbereich auch gegen das Widerstreben anderer in einem solchen Maße durchzusetzen und zu behaupten, daß es daran auch nicht durch Mächte außerhalb dieses Hegemonialbereichs gehindert werden kann. Eine solche regionale Hegemonialmacht ist eine Weltmacht neben anderen. Dies wurde von Bethmann Hollweg 1914 angestrebt. Als den Herrschaftsbereich Deutschlands bezeichnete er »Mitteleuropa«, was insofern ein völlig unzutreffender Terminus war, als auf jeden Fall Frankreich und Polen, unter Umständen aber auch Skandinavien eingeschlossen sein sollten. Auf Großbritannien und seine Kolonien sowie auf Amerika erstreckte sich der deutsche Herrschaftsanspruch nicht. Der erste Weltkrieg war als ein kontinentaleuropäischer Krieg geplant. Zum Weltkrieg wurde er, weil 1914 Großbritannien und 1917 die USA in Wahrnehmung ihrer ökonomischen und Sicherheitsinteressen der von Deutschland angestrebten Neuaufteilung der Welt entgegentraten.

Auch Hitlers Strategie war anfänglich auf die Stellung einer Weltmacht (im vorstehend beschriebenen Sinne), nicht auf Weltherrschaft ausgerichtet, jetzt aber, anders als noch bei Bethmann Hollweg, mit weitaus expansiveren Absichten im Osten. Er stieß dabei ebenfalls auf den Widerstand Großbritanniens (1939) und der USA (1941). Zum zweiten Mal wurde der Versuch Deutschlands, eine Macht zu werden, die regional herrscht und damit im Weltmaßstab zum eng begrenzten Kreis jener Großmächte (= Weltmächte) gehört, welche ihre Einflußbereiche wechselseitig nicht mehr in Frage stellen, vereitelt. Dies geschah in einem weiteren Weltkrieg, dem Zweiten. In diesem Zusammenhang sind auch Weltherrschaftspläne formuliert worden, die aber eher in den Bereich der Kriegspropaganda als der tatsächlichen Kriegszielpolitik fallen. Sozusagen »rational« waren sie nur insofern, als sie der durch den Kriegseintritt Großbritanniens und der USA hergestellten Tatsache Rechnung trugen, daß Deutschland nur dann Weltmacht werden konnte, wenn deren Widerstand beseitigt wurde: durch einen Sieg Deutschlands und Japans im Weltkrieg, also deren (gemeinsame) Weltherrschaft. *Diese* Konsequenz war 1914-1918 weniger deutlich als 1939-1945, und auf den Unterschied verweisen insbesondere gern konservative Historiker, welche eine Kontinuität vom Kaiserreich zu Hitler leugnen wollen.



Abriß des Lenin-Denkmals, Berlin-Friedrichshain, 13.11.91 Foto: Ohm

Trotz der Niederlage von 1945 mußte Deutschland, als dessen Fortsetzerin sich ihrem Selbstanspruch nach ab 1949 die Bundesrepublik darstellte, auf den Aufstieg zur »Weltmacht« nicht verzichten. Die westlichen Siegermächte gestanden ihm zu, was zu verweigern ihnen 1914-1918 und 1939-1945 einen Krieg wert gewesen war. Ursache dieses Wandels war der Kalte Krieg, in dem die BRD zur Bundesgenossin der USA in der Auseinandersetzung mit der UdSSR wurde und an dessen Ende sie als Siegerin schließlich Bethmann Hollwegs Septemberprogramm für sich verwirklichen konnte.

Da der Kalte Krieg ein globaler Konflikt war, der alle Regionen einbezog (weit mehr als die beiden Heißen Weltkriege), hatte der Begriff der »Weltherrschaft« auf beiden Seiten eine symbolische Bedeutung, weniger als Ziel denn als Befürchtung. Die Kontrahenten stellten die Weltherrschaft ihrer Gegner als zu bekämpfende Perspektive dar. Dies war insofern realistisch, als nach dem Zusammenbruch des Realen Sozialismus tatsächlich globale Herrschaft des Kapitalismus zu konstatieren ist. Durch die Omnipräsenz der USA könnte diese sogar in Verbindung mit der Vorstellung von einer »Weltherrschaft« der Vereinigten Staaten gebracht werden. Indizien hierfür sind ein umfassendes System der Stützpunkte und militärischen Eingreifmöglichkeiten, nicht aber der Zustand des Weltmarktes, der zwischen mehreren ökonomischen »Weltmächten« (USA, EG, Südostasiatischer Wirtschaftsraum) oligopolistisch umkämpft ist. Der US-amerikanische Historiker Paul Kennedy hat diese Differenz zwischen dem politisch-militärischen Engagement der Vereinigten Staaten einerseits, ihrer geminderten weltwirtschaftlichen Position andererseits als Gefahr dargestellt. Tatsächlich scheinen die USA nicht erst seit Clinton hier eine Korrektur vorzunehmen: »Burden sharing«, »Partners in leadership«. Sie bedeutet eine Verabschiedung von der Schimäre einer »Weltherrschaft« – welche wohl nie reales Programm gewesen ist – zugunsten eines Kondominiums der imperialistischen Mächte, in dem die BRD als eine der Weltmächte (aber eben nicht als die einzige) ihren Platz hat. Dabei wird ihr die Beute des großen Krieges 1914-1989 (der aus zwei Heißen Weltkriegen, 1914-1918 und 1939-1945, und einem Kalten Krieg bestand) nicht mehr streitig gemacht.

Die Bundesrepublik wird in den nächsten Jahren ein paar Umgruppierungen *ihrer Politik vornehmen, welche den Zweck* haben, der neuen für *sie so günstigen* Lage gerecht zu werden.

Hierher gehört die Neuorganisation ihrer Streitkräfte. Sie sind jetzt nicht mehr Allianztruppe im Kalten Krieg, sondern sollen zur Absicherung der deutschen Herrschaft im Informal Empire dienen (für den Fall, daß ökonomische Dominanz allein nicht ausreicht). Zweitens sollen sie sich bei Aktionen der reichen Zentren in der armen Peripherie, die im ganzen den Zweck haben, die Herrschaft des Nordens über den Süden zu sichern, beteiligen. Auch dies wird geschehen. Die gegenwärtige Änderung des Asylrechts ist eine nichtmilitärische Variante derselben Politik: die Festung macht dicht, Deutschland verhält sich als Teil derselben.

Innenpolitisch rutschen die Verhältnisse der bereits bestehenden außenpolitischen Situation nur nach, sie bereiten also nicht einen jähen Wechsel vor, sondern sind die Konsequenz eines solchen – er hat 1989 eben schon stattgefunden. Die NSDAP trat einst an, um eine für Deutschland ungünstige Weltordnung – die von Versailles – umzustürzen. Die »Republikaner« dagegen entsprechen – ebenso wie SPD, FDP, CDU/CSU und Grüne – nur der Gemütslage einer Nation, die festhalten will (wenn's sein muß, rabiat), was sie hat, und für Arrondierungen zu ihren Gunsten, denen sie nicht abgeneigt ist (von Königsberg bis Südtirol), sich auf indirekte Machtausübung beschränken kann.

Die sozialpolitische Entregulierung im Innern ist Konsequenz der Tatsache, daß die Zwänge, welche das bisherige Maß an Sozialstaatlichkeit notwendig machten, nicht mehr bestehen. Dies waren:

Erstens: Eine starke Arbeiterbewegung, die den Oberklassen Zugeständnisse abnötigte. Dieser Faktor wurde teils totgemacht, teils hat er sich totgesiegt.

Zweitens: Die Systemauseinandersetzung führte – ganz ähnlich wie im Heißen Krieg – zum Schulterschluß zwischen Kapital und Arbeit, und der verursachte hohe soziale Gratifikationen. Die rechnen sich jetzt nicht mehr. Ausgrenzung von Dropouts wirkt im übrigen ebenso stabilisierend wie einst die Sozialpartnerschaft, sie ist sogar risiko-ärmer als diese, welche die Junior-Seite manchmal auf dumme Gedanken brachte.



Georg Fülberth ist Hochschullehrer in Marburg. Er schrieb in KONKRET 4/93 über die hessischen Kommunalwahlen

Was tun?

KONKRET-Kongreß über Bedingungen und Möglichkeiten linker Politik und Gesellschaftskritik. 11.-13. Juni 1993, Hamburg, Curio-Haus

Drei Jahre nach dem Ende des realen Sozialismus ist Realität, was für den Fall seiner Kapitulation in KONKRET vorhergesagt worden war: Die Linke, die sich in Zustimmung oder Abgrenzung zu den theoretischen Voraussetzungen und den praktischen Folgen der Oktoberrevolution definiert hatte, ist mit dem Verlust ihres Bezugsrahmens zerfallen. Die einen, die selber als realsozialistisch galten, haben sich entweder einer der Spielarten der Sozialdemokratie zugewandt oder von der Politik verabschiedet; die anderen, *die den real existierenden* Sozialismus im Namen eines moralisch oder geografisch hinreichend weit entrückten Helden (Trotzki, Mao, Che) verachtet und bekämpft hatten, haben aus den privaten Chancen, die sich ihnen boten, ihre Lehre von der allgemeinen Menschenfreundlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsweise abgeleitet und am günstigen Karrierestandort BRD ihre Liebe zum deutschen Vaterland entdeckt. Die zugehörigen Parteien und Organisationen haben sich (bis auf Restbestände) aufgelöst, ihre Publikationen wurden eingestellt. Auch jene Gruppen, die sich die »bewaffneten« nannten, haben die Einstellung ihrer Aktionen angeboten.

Übrig geblieben sind einzelne Linke und Reste linker Organisationen, die ihre einmal erworbenen Erkenntnisse nicht schon deshalb für obsolet halten, weil aus ihnen zur Zeit realpolitisch nicht viel mehr zu machen ist, als sie meistbietend zu verkaufen, um endlich auch zu den Freuden jenes Konsumismus zu gelangen, die der Druckfehler »Kommunismus« in in allerlei Gruppennamen so lange verbaut hatte. Übrig geblieben ist auch, neben einigen Wissenschaftszeitschriften und Lokalblättern, als einzige radikale linke Publikumszeitschrift von einiger Verbreitung, die sich nicht hat umstimmen lassen: KONKRET. Und dies in einer ganz neuen, ungewohnten Rolle. Hatten viele KONKRET-Leser einst von der Zeitschrift die publizistische Bestätigung und Unterstützung ihrer eigenen politischen Ansichten, Interessen, Bewegungen und Parteien erwartet, erwarteten viele von KONKRET nach der Wende Ersatz für abhanden gekommene Orientierungen, Bewegungen und Parteien. Umso empfindlicher mußten sie auf die Entscheidung der Redaktion reagieren, KONKRET weniger als Therapiezentrum für wunde Exrevolutionäre betreiben zu wollen denn als Laboratorium radikaler, aufklärerischer, antikapitalistischer Kritik.

Es ist ein Versuch, dessen Gelingen davon abhängt, ob sich die Restlinke demnächst von ihrem Selbstmitleid verabschieden kann und den Verlust ihres einstigen Bezugsrahmens als eine Chance begreift, all jene Rücksichten auf scheinbare tagespolitische Erfordernisse und gutnachbarliche Empfindlichkeiten aufzugeben, in denen linke Kritik so oft versumpft ist. Angesichts der großen nationalen Koalition des neuen Deutschland kann sich keiner einreden, er werde durch Kompromißbereitschaft gegenüber deutschen Sozialdemokraten oder Grü-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

nen Schlimmeres verhüten helfen. Jeder weiß, daß er nicht gebraucht und nicht gefragt wird, und um so leichter müßte es fallen, nach der Maxime jenes Diebes zu handeln, der auf die Frage des Richters, ob er Jude sei, antwortet: »Ja, ich bin Jude und ich bin stolz darauf. Wäre ich nicht stolz, wäre ich auch Jude. Bin ich lieber gleich stolz.«

Seien wir lieber gleich radikal, kritisieren das neue Deutschland ohne Rücksicht auf sozialdemokratisch-evangelische »Bündnispartner«, auf den »Diskurs«, der gerade »angesagt« ist oder auf die »Akzeptanz«, die sog. linke Kritik in der Bürger- und Bürgerkinderpresse findet; kritisieren wir aber auch die Linke und die jämmerliche Rolle, die sie während und seit der Kapitulation des realen Sozialismus in Worten und Taten gespielt hat.

Seien wir lieber gleich radikal und fragen, ob eine erneuerte Linke im einigen Deutschland mehr sein könnte als ein unwillkommenes Alibi; ob sie vor dem Aufmarsch der Volksgemeinschaft an der Kritik des Kapitalverhältnisses und seiner politischen Verfassung festhalten könnte oder den bürgerlichen Staat »gemeinsam gegen rechts« verteidigen müßte; ob sie auf dem Universalismus der Aufklärung bestehen oder die völkische Multikultur als das gegenüber der ethnischen Sauberkeit immerhin geringere Übel hinnehmen sollte; ob sie sich zwecks Massenanklangs in Fragen der Kunst: der Musik, der Literatur, der Malerei dem allgemeinen Bedürfnis nach Kitsch (sozialistischer Realismus) und anderem Dreck (Singebewegung) anpassen oder auch und erst recht hierin radikal werden müßte; ob die nicht unmittelbar und ausschließlich auf das Kapitalverhältnis beziehbaren sozialen Konflikte, von der Frauenbewegung bis zum Ozonloch, nicht jenseits der beiden erprobten Möglichkeiten: Ignoranz (die Rede vom Nebenwiderspruch) oder Opportunismus (die Reden von Gorbatschow) diskutiert werden könnten.

Was tun? Ist diese »brennende Frage«, vor 90 Jahren von Lenin gestellt, wieder so brennend wie damals, fünfzehn Jahre vor dem Roten Oktober? Das läßt sich nicht anders als durch Praxis beantworten. Der »Was tun«-Kongreß, zu dem KONKRET aufruft, könnte Antworten bringen. Der Kongreß soll in einer Situation, da politische Organisierung gegen die herrschende Ordnung aussichtslos erscheint und mit der Bedeutung oppositioneller Organisationen auch die Anzahl öffentlicher Debatten und damit die Fähigkeit der Oppositionellen zurückgeht, auszusprechen, was sie denken, den Linken insgesamt und insbesondere den Lesern, Leserinnen, Autorinnen und Autoren von KONKRET die Möglichkeit bieten, die öffentliche Debatte wieder aufzunehmen und sich ein neues Bewußtsein der eigenen politischen Situation zu verschaffen. Ziel des Kongresses ist es also nicht, eine Organisation oder einen Zirkel (etwa in Nachfolge der »Radikalen Linken«) zu gründen. Am Ende des Kongresses soll keine Bewegung stehen, sondern tausend Leute oder mehr sollen besser über die Verhältnisse und über sich Bescheid wissen und mit diesem Wissen arbeiten können. Da nicht Organisation das Ziel ist (auch nicht ein insgeheimes), sondern Aufklärung, kommen »bündnispolitische« Erwägungen bei der Planung des Kongresses nicht in Betracht. Auf dem Kongreß soll zu Wort kommen, wessen Kritik und Analyse der herrschenden Verhältnisse auf Parteitagen der SPD oder der Grünen wg. Radikalität so wenig gehört würde, wie Beiträge aus KONKRET in der Bürgerpresse zitiert werden (die sich freilich alltäglich ohne Quellenangabe und ohne Scham am Material und an Gedanken bedient, die sie in KONKRET gefunden hat).

Auf den beiden folgenden Seiten ist das Programm der geplanten Veranstaltungen des KONKRET-Kongresses zu finden. Darüber hinaus enthält diese Zeitung Texte zur Vorbereitung des Kongresses: Thesenpapiere von Referentinnen und Referenten, Artikel, die in KONKRET erschienen sind, Kritik an KONKRET-Artikeln und weiteres Material, das zur Diskussion beiträgt.

Redaktion KONKRET

Impressum

Konkret extra erscheint als Nebenblatt der Monatszeitschrift KONKRET
Herausgeber: Hermann L. Gremliza
Redaktion: Boris Gröndahl, Jochen Schäfer, Wolfgang Schneider (verantwortlich)
Anzeigen: Bettina Fischer (ViSP)
Verlag: Gremliza Verlags GmbH, Schulterblatt 58c, Postfach 306 139, 2000 Hamburg 36
Druck: LN Druck, Herrenholz 10-12, 2400 Lübeck
Vertrieb: MZV, 8057 Eching b. München, Tel. 089/319 00 60
Einzelpreis: DM 2,50

Was, wann, wo?

Der KONKRET-Kongreß »Was tun?« findet im Curio Haus, Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13, statt. Das Auftaktplenum beginnt am Freitag, dem 11. Juni um 19 Uhr, ab 17 Uhr können sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anmelden. Dem folgenden Programm können die auf dem Kongreß geplanten Veranstaltungen entnommen werden, ebenso die Referenten und Diskussionsteilnehmer.

Freitag

11. Juni 1993

19 Uhr
Curio Haus, großer Saal

Auftaktplenum
Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht

Zwei Jahre nach der Wiedervereinigung hat das neue Deutschland fast alle Befürchtungen seiner Gegner und Kritiker erfüllt. Ist es also geboten, auch das Schlimmste zu befürchten und den Deutschen den Marsch in ein Viertes Reich zuzutrauen? Oder zeugt eine solche Befürchtung von einem bornierten Blick auf die Bewohner des neuen Deutschland, der gar selbst rassistisch wäre?

Es diskutieren: *Hermann L. Gremliza, KONKRET-Herausgeber; Georg Fülberth, Hochschullehrer; Wolfgang Pohrt, Sozialwissenschaftler; Karl Held, Redakteur der Zeitschrift »Gegenstandpunkt«; Sahra Wagenknecht, Parteivorstand der PDS; Thomas Ebermann*

Samstag

12. Juni

10 Uhr
Curio Haus, großer Saal

Plenum
Dritter Griff zur Weltmacht?

Hat Deutschland in Folge seiner Wiedervereinigung den Zweiten Weltkrieg doch noch gewonnen? Oder den Ersten? Oder sind derartige Erwägungen allesamt bloß fiktiv? Hat Deutschland sich vielleicht mit seinem politischen Erfolg Probleme aufgehalst, die weit größer sind als alles, was es als Weltmacht noch erreichen könnte?

Referate von *Georg Fülberth und Robert Kurz, Autor von »Potemkins Rückkehr«. Es diskutieren: Kurt Hübner, Redakteur der Zeitschrift »Prokla«; Rainer Trampert (angefragt); Theo Ebel, Redakteur der Zeitschrift »Gegenstandpunkt«*

12 Uhr
Curio Haus, großer Saal

Plenum
Deutschland ohne Opposition?

Die Niederlage des Sozialismus war eine Niederlage für alle, die sich dem Projekt »die Linke« zurechneten, ob sie der Sowjetunion nun freund oder feind waren. What's left? Gibt es keine Linke mehr? Was können Ansatzpunkte für eine radikale theoretische wie praktische Kritik der Gesellschaft sein?

Referate von *Wolfgang Pohrt und Winfried Wolf, Redakteur der Zeitschrift »SoZ«. Es diskutieren: Thomas Ebermann; Jan Philipp Reemtsma, Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung; Sahra Wagenknecht, Parteivorstand der PDS; Andreas Fanizadeh, Wohlfahrtsausschuß Frankfurt; Jutta Ditfurth, Ökolinke (angefragt)*

15 Uhr
Curio Haus, großer Saal

Plenum
Come together

Spielt jeder Versuch, rassistische Taten als »entfremdeten Protest« zu verstehen, schon den Rassisten in die Hände? Spricht umgekehrt die Behandlung von Rassismus als Charakterfehler des Rassisten die Verhältnisse, in denen Rassismus entsteht, frei? Wie entgeht man den zahlreichen Fallen des Antirassismus?

Referate von *Joachim Bruhn, Initiative Sozialistisches Forum, und Ute Osterkamp, Psychologin. Es diskutieren: Alex Demirovic, Mitarbeiter am Institut für Sozialforschung, Frankfurt; ein Vertreter der autonomen lupus-Gruppe, Frankfurt; Freerk Huisken, Hochschullehrer*

19 Uhr

Forum
Raffgesellschaft, Sozialschmarotzer, Bürgerpolizei

Das Ende der Systemauseinandersetzung bedeutete auch für den Liberalismus eine Niederlage. Nun wird den Anhängern der bürgerlichen Demokratie bedeutet, daß diese ihre Existenzberechtigung verloren habe. Die Klage über Kriminalität, Verfall der Sitten und Niedergang des Lebensstandards machen die Forderung nach einer autoritären Gesellschaft hoffähig.

Referate von: *Wolfgang Schneider, KONKRET-Redaktion, und Joachim Bischoff,*

Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«. Es diskutieren: Heiner Möller, Gruppe K; Uwe Jens Heuer, MdB PDS/LL; Karen Schönwälder, London (angefragt)

19 Uhr

Forum
Differenz und Reaktion

Die Erfahrung, daß der Universalismus der Aufklärung auch zur ideologischen Rechtfertigung weißer männlicher Herrschaft verwendet werden kann, hat dazu geführt, daß er von Gegnern dieser Herrschaft selbst als Gegner entdeckt wurde. Diese Entdeckung hatte zur Folge, daß der Begriff der Differenz (weiß/schwarz, Mann/Frau, Christentum/Islam) eine eigentümliche Karriere als Ausgangspunkt für den Widerstand machte. Wie dem Dilemma »Kulturrelativismus vs. Kulturimperialismus« zu entgehen sei, **darüber referieren**

Christoph Türcke, Hochschullehrer an der Universität Leipzig; Wolfgang Fritz Haug, Mitherausgeber der Zeitschrift »Argument«. Es diskutieren: Günter Jacob, Musikjournalist; Gerburg Treusch-Dieter, Mitherausgeberin der Wochenzeitung »Freitag«

19 Uhr

Vortrag
Die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken

Seit Beginn der neunziger Jahre ist klar: Wir sind Teilnehmer eines großangelegten Umstrukturierungsprozesses des kapitalistischen Weltsystems, der unmittelbar mit dem Untergang des Realsozialismus einsetzte. Seine Haupttendenz sind die globale Senkung der Lohnkosten und die Vermehrung von unbezahlter Arbeit. Massenarbeitslosigkeit, ungesicherte Arbeitsverhältnisse, Überausbeutung in Form von »selbständiger Arbeit« und die fortschreitende Beseitigung sozialstaatlicher Existenzgarantien sind die Folge. Die Proletarität wird wieder zu einer dominanten Erfahrung des täglichen Lebens, während gleichzeitig die letzten Erinnerungen an kollektive Handlungsweisen und an den Anspruch auf soziale Gleichheit verblassen. Diese wachsende Kluft zwischen der Wirklichkeit und den Mentalitäten verunsichert. Über einen dennoch denkbaren angstfreien Umgang mit den neuen Strukturen der Klassengesellschaft referiert Karl Heinz Roth, Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. Er stellt sich anschließend der Diskussion.



Foto: Sipa Press/Hernandez

Umgestürzte Lenin-Statue, Lettland

19 Uhr

Vortrag
Die Linke und der Kitsch

Die Revolution blieb aus, aber die Produktion kritischer Folklore durch die Linke als Hegemonialmacht im Kulturbetrieb ist beachtlich. Lichterketten, Räucherstäbchen, Seifenblasen, autonomer Ringelpiez, die Gesänge der Wale, ethnienverbindende Holzschuhtänze und Kinderbriefe für Friede, Freude und Mutterkuchen geben den Orgelton an, und zum Nachtisch gibt es biologische Rachendrachen-Fruchtbonbons aus Geschäften für Drachensachen. Auf die Gefahr hin, Frauenfeindlichkeit, Zynismus und Menschenverachtung vorgeworfen zu bekommen, werden Wiglaf Droste und Gerhard Henschel darlegen, was sie von alledem halten. Achtung: Es wird auch gesungen.

anschließend
Forum

Ästhetik des Widerstands oder Widerstand durch Ästhetik

Darüber, daß politische Künstler oft Kitsch produzieren, daß ihr Anspruch, »das Volk« anzusprechen, Dummheit und Konformismus eher perpetuiert, statt sie zu bekämpfen, darüber sind sich die Teilnehmer dieses Forums vermutlich einig. Was sie dem entgegenzusetzen haben, könnte unterschiedlicher nicht sein. Über subversive und oppositionelle ästhetische Ausdrucksformen **diskutieren**

Diedrich Diederichsen, »Spex«; Maxim Biller, »Tempo«; Matthias Altenburg, Schriftsteller; Hermann Peter Piwitt, Schriftsteller; Klaus Briegleb, Germanist (angefragt); Hermann Kant, Schriftsteller. Moderation: Roger Willemsen (angefragt)

Sonntag

13. Juni

10 Uhr

Forum
Brave Neue Welt

Seit dem Ende der Systemauseinandersetzung hat sich das Interesse an der »Dritten Welt« dramatisch geändert. Seitens der imperialistischen Nationen, die über die Uno nun ungehindert verfügen können, werden allerorts Fälle von Ordnungsbedarf festgestellt; die Linke, die im Süden keinen Che Guevara mehr findet, sondern nurmehr Saddam Husseins, antwortet auf diese Enttäuschung mit Liebesentzug und schließt sich der Forderung nach Weltpolizei und Weltgerichtshof an; am pointiertesten in Micha Brumliks Forderung nach »neokolonialistischen Maßnahmen« in der »Dritten Welt«. Über die Interessen, die sich in der »Neuen Weltordnung« artikulieren und die linke Kritik daran **referiert**

Micha Brumlik, Autor von »Weltrisiko Naher Osten« (angefragt). Es diskutieren: Hermann L. Gremliza; Jochen Hippler, Transnational Institute, Amsterdam; Gerhard Stuby, Völkerrechtler; Gaby Gottwald (angefragt)

10 Uhr

Forum
Konservative Wende im Feminismus?

Daß und wie man es sich in diesem System bequem machen und doch ein kritisches linkes Image behalten kann, ist eine alltägliche Beobachtung. Wie das einigen unter der feministischen Flagge gelingt, und welche theoretischen Voraussetzungen (Stichwort: Geschlechterdifferenz) dazu benötigt werden, darüber **diskutieren**

Claudia Pinl, Autorin des Buches »Vom kleinen zum großen Unterschied«; Ilse Bindseil, Autorin von »Elend der Weiblichkeit, Zukunft der Frauen«; Katharina Rutschky, Publizistin; Karin Berdoll (angefragt); Frigga Haug, Mitherausgeberin der Zeitschrift »Argument« (angefragt). Siehe dazu auch die redaktionelle Anmerkung auf Seite 8 dieser Zeitung.

10 Uhr *Konferenzraum II*

Forum
Ehrbarer Antisemitismus?

In der Geschichte der Linken haben antisemitische Positionen eine spezifische Tradition. In verschiedenen Formen verkehrte sich der emanzipatorische Anspruch der Linken in Haßpropaganda gegen »jüdische Wucherer« oder den »imperialistischen Aggressor Israel«. Wie die antikapitalistische und antiimperialistische Haltung in pures Ressentiment umkippen und inwieweit Antikapitalismus selbst Folge des Ressentiments sein kann, ist das Thema dieses Forums

Referate von *Klaus Schönberger, Mitautor des Buches »Der freie Westen...«, und Jürgen Elsässer, Autor des Buches »Antisemitismus. Das alte Gesicht des neuen Deutschland«. Es diskutieren: Ingrid Strobl, Historikerin; Eike Geisel, Publizist (angefragt).*

13 Uhr *Großer Saal*

Abschlußplenum
Was tun?

Diskussion über die Ergebnisse des Kongresses und die Konsequenzen für linke Politik und Gesellschaftskritik

Es diskutieren: *Hermann L. Gremliza; Wolfgang Pohrt; Georg Fülberth; Thomas Neumann, Redakteur »Mittelweg 36«; Karl Heinz Roth, Ingrid Strobl (angefragt)*

(Änderungen vorbehalten)

Psychologie der Charaktermaske

■ *Von Joachim Bruhn*

■ »Indem das Menschenrecht die formelle Gleichheit der Individuen als Subjekte setzt, produziert es Unmenschen und Übermenschen. Das Subjekt der Menschenrechte ist daher strukturell rassistisch und fundamental antisemitisch.«

»Zu den Lehren der Hitlerzeit gehört die von der Dummheit des Gescheitseins« *(Theodor W. Adorno)*

Der Mensch ist das Maß aller Dinge: Das ist gelogen und doch wahr zugleich, ein Beispiel für den materialistischen Begriff von Ideologie als notwendig falschem Bewußtsein. Ideologie ist Irrtum, aber einer mit Methode. Nicht die Menschen als Individuen sind ausschlaggebend – und sie sind es doch, weil sie als praktischer Inbegriff des Menschen an und für sich denken und handeln. Keinesfalls kommt es auf die konkreten Einzelnen an – und doch geht es nicht ohne sie, zumindest solange und insoweit, als sie sich praktisch als Subjekte der Menschenrechte betätigen. Es geht ihnen wie den Waren. Nicht in ihrer konkreten Erscheinung, nicht als spezifische Gebrauchswerte sind sie von Belang und werden in Rechnung gestellt, sondern einzig nach Maßgabe ihres Wertcharakters. Das Subjekt ist die Wertform des Individuums, die Form seiner konkreten Allgemeinheit und »unmittelbaren Austauschbarkeit« (Marx), seiner Gleichheit und Vergleichbarkeit. Als Individuen sind sie verschieden, aber in der Form des Subjekts sind sie identisch und homogen. So unterschiedlich sie nach Temperament und Bedürfnis auch sein mögen, als Träger ein und derselben Charaktermaske sind sie vom gleichen Schlag. Als Agenten des Tausches setzen sie *sich als Gleichartige*, und doch ist ihre Identität nicht das Werk ihrer selbst, sondern bloßes Moment der prozessierenden Realabstraktion, die das Kapital an den Gebrauchswerten und der politische Souverän an den Individuen vornimmt. Als Subjekte sind die Individuen gleich, aber das Maß ihrer Vergleichung liegt außer ihnen, im kapitalistischen Souverän. Sie tun, was sie nicht sind, aber sie sind es, indem sie es tun: ein logisches Paradox, das trotzdem, gleichwohl und gerade deshalb funktioniert. Das Subjekt ist eine »verrückte Form« (Marx).

Das Menschenrecht wird handgreiflich, wenn der Souverän als sein Treuhänder den Ausschluß aus der Menschheit organisiert. Rassistisch und antisemitisch wird vollstreckt, was die Subjektform an sich enthält. Weil das konkrete Individuum dem Subjekt der Menschenrechte nur als äußerliche Voraussetzung vorkommt, kehrt die verdrängte Stofflichkeit des Individuums in verdrehter Gestalt wieder und erscheint nun als »Anti-Subjekt« oder »Gegen-Volk«. Indem das Menschenrecht die formelle Gleichheit der Individuen als Subjekte setzt, produziert es Unmenschen und Übermenschen. Das Subjekt der Menschenrechte ist daher strukturell rassistisch und fundamental antisemitisch. Seine Konstitution ist Ausschluß, seine Einheit Spaltung. Nur dann kann »der Mensch« das logische Maß aller Dinge sein, wenn er im Subjekt historisch sich offenbart und sich zur Rasse der bürgerlich-proletarischen Kapitalfunktionäre verfleischlicht. Seine Identität ist die fortwährende Spaltung der Gattung, sein Leben gewinnt er, indem der Souverän die Individuen pausenlos daraufhin verhört, ob sie dem Begriff des Menschen genügen.

Vom Standpunkt des Subjekts aus betrachtet, erscheint die bloße Existenz von nicht unter das Menschenrecht subsumierten Individuen als Sabotage am System von Freiheit und Gleichheit, als Fundamentalopposition von Menschen gegen den Begriff des Menschen. Der freie und gleiche Tausch stiftet die fixe Idee des Parasiten als notwendig falsches Bewußtsein seiner selbst und damit die Halluzination eines Anti-Subjekts, das für sich die Gesetze der Reziprozität und der Äquivalenz außer Kraft setzt. »Die konsequenten Vertreter der Illusion, daß der Mehrwert aus einem nominellen Preisaufschlag entspringt oder aus dem Privilegium des Verkäufers, die Ware zu teuer zu verkaufen«, schreibt Marx, »unterstellen daher eine Klasse, die nur kauft, ohne zu verkaufen, also auch nur konsumiert, ohne zu produzieren. (...) Das Geld, womit eine solche Klasse beständig kauft, muß ihr beständig, ohne Austausch, umsonst, auf beliebige Rechts- und Gewalttitel hin, von den Warenbesitzern selbst zufließen«. Der Parasit ist die einzige Form, in der den Warenbesitzern das Kapital als »automatisches Subjekt« bewußt werden kann. So inkarniert der formell freie Wille der Charaktermaske in der materiell bösen Absicht des einzig realen, des Anti-Subjekts.

Damit ist die Bewußtseinsspaltung programmiert. Man selbst muß ein ganz Anderer sein. Unter der Form des Subjekts denkt das Individuum in Begriffen von Mittel und Zweck. Es setzt sich selbst als Urheber seiner Subjektivität. Es ist bestrebt, die zwar ganz und gar widersinnige, aber dennoch praktisch funktionierende Gleichsetzung der Gebrauchswerte durch die Wertform und die Vergleichung der Menschen durch die Subjektform als Resultate seines Handelns und seines Willens sich einsichtig zu machen. Aber die Charaktermaske ist nichts als Funktion. So wird das Denken des Individuums unter der Form des Subjekts zur Rationalisierung verdammt, zur Logifizierung des Unvernünftigen. Denn Intention, Wille, Bedürfnis oder Bewußtsein kommen dem Subjekt nicht zu, und von Psyche läßt sich nur insoweit sprechen, als sie überhaupt nicht vorhanden ist. Vielmehr hat ihr gerades Gegenteil statt, der »Naturinstinkt von Warenbesitzern« (Marx), die handeln, bevor sie gedacht haben, und die nicht nachdenken können, was sie getan haben.

An dieser Stelle entsteht der therapeutische Bedarf, den Soziologie und Psychologie zu befriedigen haben. Ihr gesellschaftlicher Auftrag ist es, den noch nicht einmal mit den Mitteln der Theologie begreifbaren »sinnlich übersinnlichen« Charakter des automatischen Subjekts wegzuarbeiten und dem Verstand die Gesellschaft als Handlungszusammenhang zuzubereiten. Ideologie, als Wissenschaft betrieben, webt am Schleier der sekundären Humanisierung. In verständiger Notwehr gegen die Schizophrenie staffiert sie die Charaktermaske mit den Insignien von Individualität aus und maskiert die zweite Natur als erste. Dem Problem, daß der Mensch das Maß aller Dinge nur sein kann, indem er Unmenschen und Übermenschen als Erbfeinde identifiziert, der gedanklichen Schwierigkeit, die daraus entsteht, daß das Subjekt als unmögliche Form nur existieren kann, wenn es an der Liquidation des Anti-Subjekts arbeitet, der theoretischen Zumutung, daß die Rassisten und Antisemiten in Wahrheit Selbstmord begehen wollen und dabei andere totschlagen, der intellektuellen Häresie, daß es die Gesellschaft der Freien und Gleichen ist, die sich in Mord und Totschlag ihrer inneren Unmöglichkeit bewußt wird und sich zu heilen sucht, indem sie den Raubmord am Anti-Subjekt organisiert – diese Provokationen werden mit den Begriffen des Vorurteils und des Interesses gekontert.

»Indem mit dem Begriff des Vorurteils eine Wahrnehmung der Realität unterstellt wird, wird Mord, bei allem Abscheu, doch nachvollziehbar«

Denn Rassismus und Antisemitismus müssen Sinn machen, d.h. der Selbsterhaltung dienen. Soziologie und Psychologie haben den Beweis anzutreten, daß Mord und Totschlag ein (wenn auch falsches) Mittel zu einem (wenn auch falschen) Zweck darstellen. Daher muß mitten ins Individuum eine Instanz implantiert werden, die zu sich selbst ein strategisches Verhältnis unterhält, eine Instanz, die, wenn sie auch ihren Haushalt mit gänzlich imaginären Größen bestreitet, immerhin doch kalkuliert. Indem derart Sinn gemacht wird, indem also mit dem Begriff des Vorurteils eine (wenn auch falsche, so doch immerhin irgendeine) Wahrnehmung der Realität unterstellt wird und indem weiterhin mit dem Begriff des Interesses ein (wenn auch unzutreffendes, so doch immerhin wenigstens irgendein) Kalkül auf Nutzen und Vorteil angenommen wird – indem also das Individuum zum Subjekt verdoppelt und derart im Jenseits seiner Taten und Gedanken postiert wird, wird sein (selbst)mörderischer Autismus bei allem Abscheu doch in etwa verständlich und halbwegs nachvollziehbar. Das selbstbezügliche, das autistische Subjekt erhält in seinem Wahnsinn doch das Privileg zugesprochen, über seine Taten und Untaten immer schon hinaus und erhaben zu sein, d.h. lernfähig. Daß es auch anders könnte, wird zum therapeutischen Impfstoff gegen seine wirklichen Verbrechen.

Natürlich mag, außer programmatischen Rassisten und Antisemiten, keiner mehr den Gedanken vertreten, der dieser Ehrenrettung des Subjekts am besten entspricht: daß, wo Rauch ist, auch Feuer sein muß, daß die Zigeuner selbst schuld sind und die Juden sowieso. Die liberale Öffentlichkeit weiß, wie sehr sich dies etwas primitive Schema von Reiz und Reflex beim letzten Mal trotz gewisser Endsiege blamierte. Daher raffiniert sie das Schema, verinnerlicht es und plaziert es im Individuum selbst. Die moderne Gesellschaft, so der Jugendforscher Wilhelm Heitmeyer, ist ein janusköpfiges Ding, das zwischen Einerseits und Andrerseits deliriert und das jeder auf eigenes Risiko zu rationalisieren hat. Sie bietet Chancen und enthält Risiken zugleich – kein Wunder, daß »Handlungsunsicherheiten«, »Ohnmachtserfahrungen« und »Vereinzelungserfahrungen« epidemisch werden. Die Totschläger reagieren darauf zwar falsch, aber doch wenigstens rational: »Entfremdungsangst wird in Überfremdungsangst umgewandelt«. So wird der Rassismus zum immerhin »subjektiv sinnhaften Mittel«, denn »mit Gewalt läßt sich die Kontrolle über Lebenswege, Sozialräume und so weiter wiedergewinnen«. Die Rationalität der Irrationalität ist damit gerettet, das Subjekt freigesprochen, das Individuum gehört therapiert.

Links dagegen ist, wen nichts Menschliches befremdet, das sich mit dem Begriff des Interesses rationalisieren ließe. Das macht: Wer nur lange genug an einem Linken kratzt, fördert unter Garantie einen *Milieutheoretiker zutage, einen Menschen also*, der sich unter Dialektik bloß Wechselwirkung vorstellen kann. Daß die Menschen ihre Geschichte zwar selbst machen, aber unter vorgefundenen Umständen, ist sein oberster Glaubenssatz, der ihn sich für einen Materialisten halten läßt. Daraus folgt nicht die Kritik der repressiven Vergleichung, sondern angewandter Humanismus: »Die Menschen können sich nur in dem Maße selbstbestimmen, wie sie die Verhältnisse bestimmen, durch die sie bestimmt sind« (Ute Osterkamp) – während und obgleich sie »die Verhältnisse« wiederum bestimmen. Dialektik löst sich auf in Ringelpietz mit Anfassen. Materialismus besteht dann darin, diese Bilanz nach Soll und Haben aufzuschlüsseln, d.h. zwar das Sein das Bewußtsein bestimmen zu lassen, sich dabei aber nicht den Vorwurf des Determinismus, Objektivismus oder Ökonomismus einzuhandeln. Den Linken kommt es dabei sehr zupaß, daß ihr am sozialen Interesse geschärfter Röntgenblick alle schlechten Erscheinungen auf ihr honoriges Wesen, die Arbeit, zu durchschauen vermag. Was von unten kommt, erhält so automatisch einen Bonus: Die Unteren mögen zwar mies sein und gemeingefährlich, aber eigentlich sind sie ganz anders, nämlich Klasse. Noch im Mord sind sie zutraulich, sind konstitutionell unfähig, das zu meinen, was sie tun. Konsequent verflüchtigt sich, was links sein will und subversiv, in Rechtfertigung.

So sehr sich daher die linken Anti-Rassisten in Sachen Strategie in den Haaren liegen mögen, so einig sind sie sich doch in der Diagnose. Ob man, mit den eher rabiat gestimmten »Materialien für einen neuen Antiimperialismus«, der Ansicht ist, Rassismus sei eine Methode der Herrschenden, die »HungerlohnarbeiterInnen von egalitären Ansprüchen und Kämpfen abzuhalten«, oder ob man, mit Wolfgang Fritz Haug, dem *Chef der ökopluraldiskursnationalistischen* Zeitschrift »Argument«, meint, es ließe sich »verstehen, daß der Aufschrei der sozial getretenen Kreatur zum Haßschrei werden kann. Brandstiftung und Mord können verwandelte Formen von Protest sein – im Modus des entfremdeten Protests gegen Entfremdung« – jedenfalls spricht die Standpunktphilosophie des Klasseninteresses das Objekt ihrer politischen Begierde bei aller Manöverkritik doch frei.

Der Rassismus hat die entfremdete Energie des guten Ursprungs zu sein, nicht die negative Explosion der Subjektform selbst. Nicht die repressive Vergleichung der Individuen zu Subjekten wird derart zum Problem, sondern die ungenügende Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit. Ute Osterkamp empfiehlt als Gegengift »die konsequente Demokratie, d.h. die Gleichberechtigung der Bürger in allen Bereichen«. Links soll sein, wer noch mehr vom gleichen fordert, Anti-Rassist, wer die Menschen befähigen will, ihrem Begriff endlich gerecht zu werden – zu einer solchen Dummheit ist bloß fähig, wer um jeden Preis blitzgescheit sein möchte.

Joachim Bruhn schrieb in KONKRET 5/93 über die produktive Arbeit des Verbrechers

Literaturhinweise:

Auf dem Kongreß wird die Berliner Psychologin Ute Osterkamp das Koreferat zu dem Referat von Joachim Bruhn halten. Ute Osterkamp hat verschiedene Aufsätze zum Thema Rassismus publiziert, unter anderen: »Antirassismus: Weitere Fallstricke und Problematisierungen«, in: »Argument«-Sonderheft 195/1992; »Alternativen zum hilflosen Antirassismus«, in: »Blätter für deutsche und internationale Politik« 12/91, »Rassismus und Alltagsdenken«, in: »Forum kritische Psychologie«, Band 28/1991

Freerk Huisken, einer der weiteren Diskussionsteilnehmer, veröffentlichte in KONKRET 2/92 eine Kritik an der antirassistischen Bewegung: »Gute Taten für Deutschland«. Vor kurzem ist sein neues Buch »Nichts als Nationalismus« im VSA-Verlag erschienen. Alex Demirovic, Mitarbeiter am Frankfurter Institut für Sozialforschung, hat für die Juni-Ausgabe von KONKRET eine Erwiderung auf Joachim Bruhns Thesen versprochen. Von der autonomen lupus-Gruppe erschien 1991 »Geschichte, Rassismus und das Boot« in der Edition ID-Archiv

Etwas wenig

■ *Von der autonomen lupus-Gruppe*
■ **Läßt sich, wie Joachim Bruhn unterstellt, der Rassismus auf die Warenform reduzieren? Anmerkungen und Vorschläge zum praktischen Antirassismus**

Es mag ja eine präzise Schlußfolgerung sein, »daß der Mensch das Maß aller Dinge nur sein kann, indem er Unmenschen und Übermenschen als Erbfeinde definiert«. Wir fragen uns jedoch, was ist damit über die gesellschaftlichen Bedingungen des Rassismus gesagt? Worin besteht der soziale Zusammenhang zwischen der behaupteten anthropologischen Konstante eines »Homo oeconomicus« (»Damit ist die Bewußtseinsspaltung programmiert«) und Mannheim-Schönau (mehrtägige Belagerung einer Flüchtlingsunterkunft ohne Präsenz faschistischer Organisationen) einerseits und der Ethnifizierung des Drogendiskurses andererseits?

Anders gefragt: Wann wird sich welcher Teil der Gesellschaft warum seiner »inneren Unmöglichkeit bewußt« und sucht sich in der Organisation des »Raubmords am Anti-Subjekt« zu heilen? Und warum suchen sich die Subjekte, die – beispielsweise in Griechenland – nicht weniger die »Wertform des Individuums« sind, soviel seltener in genannter Weise »zu heilen«? Das sind Fragen, die den Schluß nahelegen, daß Rassismus – zunächst: die ideologische Konstruktion der Rassen – sich nicht umstandslos auf die Warenform als soziale Kernstruktur in kapitalistischen Gesellschaftsformen reduzieren läßt.

»Rassismus konkretisiert sich in allen gesellschaftlichen Praxisformen«

Ein Gewaltverhältnis (als ein solches gilt es Rassismus zu begreifen) ist gesetzlich verankert, ist normsetzend, konkretisiert sich permanent in allen erdenklichen gesellschaftlichen Praxisformen. Die Artikulationen des Rassismus sind in den familiären, schulischen, religiösen, politischen und kulturellen Apparaten präsent.

Die im Zuge der Bruhnschen Kritik an der Heitmeyerschen »modernen Gesellschaft« denunzierte »Gesellschaft der Freien und Gleichen, die sich in Mord und Totschlag ihrer inneren Unmöglichkeit bewußt wird«, sucht und findet den Rassisten einzig im Brandstifter oder Schläger. Gab es in den ersten Jahren der Anwerbung von Arbeitsimmigranten und ihrer Unterbringung in Holzbaracken auf dem Firmengelände in der BRD keinen Rassismus, weil niemand totgeschlagen wurde?

Ohne den Begriff einer historisch gewachsenen Verfolgungspraxis läßt sich die Systematik der Täter in der Wahl ihrer Opfer nicht erkennen. Aber auch dann bedarf es einer Erklärung, warum der pogromartige blutige Rassismus in den letzten Jahren eskalierte. Die Behauptung, generell könne »das Subjekt als unmögliche Form nur existieren, wenn es an der Liquidation des Anti-Subjekts arbeitet«, ist da so zeitlos wie unbefriedigend. Zumindest müßte der Ausdruck »an der Liquidation arbeiten« derart verallgemeinert werden, daß z. B. Exotismus oder andere Formen rassistischer Zuschreibung von selbstermangelnder »Natur« noch darunter gezwungen werden können.

Bruhns Papier folgt der Struktur der Kapitalverhältnisse und ermöglicht so eine (weitere) Kritik der Heitmeyer, Haug und Co., die »Formen des Protests« an Orten entdecken, an denen doch nur Formen der Herrschaft radikalisiert werden. Für eine Diskussion im Rahmen eines Kongresses mit dem aktionistischen Titel »Was tun?« ist das vielleicht etwas wenig. Darum wenden wir uns den drei Fragen zu, die in der Kurzvorstellung des »Come together«-Plenums formuliert wurden. Dort hieß es: »Spielt jeder Versuch, rassistische Taten als ›entfremdeten Protest‹ zu verstehen, schon den Rassisten in die Hände?«

Die Antwort lautet natürlich: Ja. Fremd ist die rassistische »Tat« den bürgerlichen Konventionen und im weiteren einigen Strafgesetzen. Völlig einig geht sie mit der gesellschaftlich und staatlich sanktionierten Einordnung einzelner in fiktive Gemeinschaften, denen ein spezifischer (Un-)Wert zugeschrieben ist. Mehr noch, in der »Tat« wird die gesellschaftliche (Prä-)Determination bestimmter Gruppen exemplarisch konkretisiert. Auch in Mölln kennt man ein paar Türkenwitze.

Der linke wie der bürgerliche Versuch, den Täter aus der konkreten Tatsituation herauszulösen, um ihm direkt in einem abstrakten Bezugssystem (Wirtschaftskrise, Modernisierungsdruck) eine strukturelle Opferrolle zuzuweisen, korrespondiert prächtig mit der explizit rassistischen Täterentlastung, die den Täter ebenfalls aus der Unmittelbarkeit herauslöst, um ihn einem imaginären Wir (Deutsche, Anwohner, Mitteleuropäer, ...) einzuverleiben. Einem Wir, dem es im rassistischen Diskurs selbstredend immer in irgendeiner Form an den Kragen geht, so daß ›Gegenwehr‹ gegen die ›anderen‹ per definitionem legitim ist.

Der ersten Frage folgt in einer Formulierung, die den Schluß nahelegt, sie sei deren Äquivalent, eine zweite: »Spricht umgekehrt die Behandlung von Rassismus als Charakterfehler des Rassisten die Verhältnisse, in denen Rassismus entsteht, frei?« Die Frage so zu stellen, verweist auf einen typischen Ärger, den man sich beim Anhören der ersten Antwort zugezogen hat, ohne so recht damit rauskommen zu können. Denn die Beantwortung der ersten Frage impliziert selbstverständlich nicht notwendig den Schluß, Rassismus sei der Charakterfehler des Rassisten.

Wie bereits angedeutet, konkretisieren rassistische Angriffe (wie sämtliche rassistischen Äußerungen und Handlungen) die ideologische Konstruktion der Rassen. Deren dominantes Prinzip ist ein Ein- und Ausschlußmodus. Dieses Prinzip ist umfassend durchgesetzt. Subjekte sind daher so zwingend strukturell rassistisch, wie sie zwingend strukturell sexistisch sind. Die Verhältnisse, »in denen Rassismus entsteht«, laufen dabei wirklich keine Gefahr, freigesprochen zu werden. Schließlich wird staatlicherseits an der Entrechtung und Diskriminierung ethnifizierter Gruppen festgehalten, besser gesagt: Sie wird verschärft – schließlich rekonstituieren Industrie und Wirtschaft das Machtgefälle zwischen deutschen Paßinhaber(inne)n und den verschiedenen »anderen« im Binnen- wie im Weltmarktmaßstab.

In dem Sinn »entsteht« Rassismus nicht mehr; die Konstruktion existiert längst und mit ihr unzählige Rassismen. Sie existiert aus einer historischen Faktizität heraus, die materiell und im kollektiven Gedächtnis fortwirkt. Nur deren politische und soziale Bedingungen verändern sich lediglich.

Bezogen auf die Verhältnisse in der BRD ergibt sich daraus die Frage nach den Bedingungen und Ursachen der verstärkt auftretenden blutigen Formen des Rassismus. Der Kampf gegen diese führt ungewollt, aber fast automatisch dazu, daß die berechenbaren bürokratischen Formen der Ausgrenzung als das »kleinere Übel« dastehen. Diesen Effekt nicht zu erzeugen, ist ein Problem der Praxis, einer Praxis, die sich auch historisch schwer tat, der spezifischen Macht des Büros gerecht zu werden.

Die dritte Frage, die gestellt wurde, ist die mit Abstand spannendste: »Wie entgeht man den zahlreichen Fallen des Antirassismus?« Da ja (auch) dieses Papier nur Beitrag zu einer Diskussionsvorbereitung sein soll, im folgenden einige Thesen.

Weil Angriffe auf und Diskriminierung von Nicht-Deutschen alltägliche Praxis sind, verstärkt sich deren Stigma der Rechtlosigkeit. Jede nicht unterbrochene Demütigung, jede nicht gekonterte rassistische Bemerkung zementiert die Verfolgungsgeschichte. Neben der unmittelbaren Solidarität für Angegriffene ist das der Grund für die Maxime: Konfrontation gegen rassistische Handlungen und Äußerungen bedeutet, die Verfolgungsgeschichte aufzubrechen. Rassismus ist nicht nur ein Begriff für systematische, institutionell verankerte und mitunter blutig exekutierte Gewalt gegenüber ethnifizierten Gruppen entlang gesellschaftlicher Wertsetzungen, sondern gleichzeitig die Behauptung von biologisch/kulturalistisch definierten homogenen Völkern (Ethnien, früher rein biologisch: Rassen).

Eine Gegenstrategie, die das aus dem Auge verliert und nur die Unmenschlichkeit rassistischer Gewalt angeht, nicht aber die zugrunde liegende ideologische Konstruktion des imaginären ›Wir und die anderen‹, bleibt auf dem Terrain stecken, das Rassisten bereitet haben.

KONKRET veröffentlichte in Heft 1/91 ein Interview mit der autonomen lupus-Gruppe zum Frankfurter Startbahn-Prozeß

Blockwart, sauber

■ *Von Hermann L. Gremliza*

■ **Chromosomen sind überparteilich, die Deutschen aber sind ein schlimmeres Gesindel als der Rest der Gattung**

Weil ich bei den Fehlern bin: Gremliza ist, was die Deutschen betrifft, Rassist. Er glaubt, und das halte ich für einen seiner wenigen Irrtümer, der deutsche Mensch sei eine Art Subspecies unserer Gattung, und jeder Deutsche habe einen kleinen Hitler in den Genen. Aber selbst wenn unsere Landsleute jetzt wieder Nazis werden, was in der Tat ganz so wahrscheinlich ist, wie Gremliza sagt, – auch dann heißt DNS immer noch nicht Deutscher National-Sozialist. Es heißt weiterhin schlicht Desoxyribonucleinsäure. Selbst hier in den Gefilden zwischen Strasbourg und Kaliningrad sind die Chromosomen überparteilich und für jeden Sinn und Unsinn offen. Unstreitig sind die Deutschen Gesindel. Aber sie sind kein schlimmeres Gesindel als die übrigen Personen, die die Erde bevölkern.
Peter Hacks

Ja und nein, verehrter Hacks, liebe Internationalisten und Marxisten: Chromosomen sind überparteilich. Die Deutschen aber sind ein schlimmeres Gesindel, und schlimmer noch, seit ihr östliches Viertel den Versuch, ihm Manieren endlich auch mit Gewalt beizubringen, so glorreich abgewehrt hat.

Von den bereits zivilisierten drei Vierteln zu reden: Es ist Samstag, der 17. November 1990. Familienunterhaltung im deutschen Fernsehen, übertragen aus der Stadthalle in Duisburg. Der Conférencier des »Flitterabends« fragt den Kandidaten, der eine »Traumreise« gewinnen will: »Wieviel Prozent der Deutschen nehmen täglich ein Bad?« Der Kandidat, ein Berliner Standesbeamter in ökologischer Bartkrause, fragt zurück: »Mit oder ohne Ausländer?« Beifall und allgemeine Heiterkeit. Zwei Stunden später, im beliebten »Sportstudio«, erzählt der fröhliche Moderator, daß die Redaktion sich entschlossen habe, die für die Zusammenstellung des schon immer so genannten Bundesligablocks Zuständigen ab sofort »Blockwarte« zu nennen. Der Berliner Standesbeamte übrigens gewann, weil er sich (ohne Ausländer) für zehn Prozent entschied und damit näher an der richtigen Antwort (2,5 Prozent) war als die Mitbewerber. Wäre es ums tägliche Duschen gegangen, fügt der ums reinliche Selbstbewußtsein der Deutschen besorgte Conférencier hinzu, hätte man 21 Prozent sagen dürfen. Die übrigen vier Fünftel machen sich nur beim Lachen über die dreckigen Ausländer naß.

Was nun das ubiquitäre Gesindel betrifft, so leitet sich diese Auffassung theoretisch von dem Lehrsatz ab, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimme, oder vielmehr von einem Verständnis dieses Satzes, das sich auf die Werke des Karl Marx kaum (und auf seinen Briefwechsel mit Engels gar nicht) berufen kann. Praktisch dient die Negation eines Nationalcharakters der Befriedigung des nicht zwischen Strasbourg und Kaliningrad, sondern durchaus zwischen Straßburg und Königsberg immer noch tief empfundenen Bedürfnisses, das andere Gesindel der Taten, die das eigene vollbracht hat, für fähig und, da es doch auf den bösen Willen weit mehr ankomme als auf die Tat, für schuldig halten zu dürfen. Es wäre angenehm, das Gerede von der Minderwertigkeit, unter dem man ethnische Gruppen in den Tod getrieben hat, sich verbitten zu können. Weil man anstatt Saujud »Mitbürger jüdischen Glaubens« zu sagen gelernt hat, dürfe der eigene Verein nicht, was ja bloß ein kraftloses Kraftwort ist: Scheiß Deutschland genannt werden.

Antisemiten, Faschisten, Fremdenhasser gibt es überall, und es ist wahr, daß ihr Auftreten, ihre Aggressivität und der Zulauf, den sie haben, von den Bedingungen der jeweiligen Gesellschaft, vom Stand der Klassenkämpfe (in besseren Wohnlagen: der sozialen Konflikte) geprägt sind. Daß ich dennoch einem Menschen, der anderer Hautfarbe ist, anders spricht oder anders riecht, lieber den Rat gebe, für den Fall einer europaweiten Rezession seinen Umzug von Duisburg oder Leipzig nach Kopenhagen oder Mailand vorzubereiten, hat gute Gründe:

»Dem Andenken meiner Eltern/ Hermann Elias, gest. Breslau 1940/ Sophie Elias, gest. Auschwitz 1941 (?)«, die solchen Rat nicht erhalten oder ausgeschlagen hatten, ist die 1969 in Bern erschienene zweite Auflage einer Studie gewidmet, die Norbert Elias erstmals 1939 publiziert hat. Er beschreibt darin, »wie aus Sozialcharakteren allmählich Nationalcharaktere werden«, bestimmte politische und gesellschaftliche Figurationen »den Prozeß der Zivilisation« lenken, und warum der es bei den Deutschen so schwer hatte. Zivilisation, sagt Elias,

> ... bedeutet verschiedenen Nationen des Abendlandes nicht das gleiche. Vor allem zwischen dem englischen und französischen Gebrauch dieses Wortes auf der einen, dem deutschen Gebrauch auf der anderen Seite besteht ein großer Unterschied: Dort faßt der Begriff den Stolz auf die Bedeutung der eigenen Nation, auf den Fortschritt des Abendlandes und der Menschheit in einem Ausdruck zusammen. Hier, im deutschen Sprachgebrauch, bedeutet ›Zivilisation‹ wohl etwas ganz Nützliches, aber doch nur einen Wert zweiten Ranges, nämlich etwas, das nur die Außenseite des Menschen, nur die Oberfläche des menschlichen Daseins umfaßt. Und das Wort, durch das man im Deutschen sich selbst interpretiert, durch das man den Stolz auf die eigene Leistung und das eigene Wesen in erster Linie zum Ausdruck bringt, heißt ›Kultur‹... Der Zivilisationsbegriff läßt die nationalen Differenzen zwischen den Völkern bis zu einem gewissen Grade zurücktreten; er akzentuiert, was allen Menschen gemeinsam ist oder – für das Gefühl seiner Träger – sein sollte. In ihm spricht sich das Selbstbewußtsein von Völkern aus, deren nationale Grenzen und deren nationale Eigenart seit Jahrhunderten nicht mehr in besonderem Maße zur Diskussion stehen... In dem Kulturbegriff (spiegelt sich) das Selbstbewußtsein einer Nation, die immer wieder fragen mußte: ›Was ist eigentlich unsere Eigenart?‹, die immer von neuem und auf allen Seiten ihre Grenzen im politischen wie im geistigen Sinne suchen und zusammenhalten mußte.

Weil, kurz gesagt (und in anderen, seriöseren Worten nachzulesen im Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 158), die deutsche Bourgeoisie politisch von der Fahne gegangen ist, als die der Nachbarn durchmarschierte, drehten ihre Denker den Spieß um – Kant, Kaliningrad: »Wir sind in hohem Grade durch Kunst und Wissenschaft kultiviert, wir sind zivilisiert bis zum Überlästigen zu allerlei gesellschaftlicher Artigkeit und Anständigkeit...«; Fontane, Bundesland Brandenburg: »England und Deutschland verhalten sich zueinander wie Form und Inhalt, wie Schein und Sein...« bzw. was sich noch zeigen sollte: wie Schwein. Was sich mit bloßem Auge erkennen ließ: Macht, Glanz und das artige Benehmen der Konkurrenz, galt, da sie damit nicht dienen konnten, erst der Bourgeoisie und ihren Dichtern & Denkern, bald auch den Deutschen allgemein als oberflächlich, falsch und, später, »uneigentlich«. *Eigentlich* waren sie, waren ihre inneren Werte, ihr tiefer Humor und ihre urige Sitte, die Nase zwischen den Fingern auszuschneuzen, der oberflächlichen Höflichkeit, dem wurzellosen Witz und der krankhaften Finesse, zur Nasenreinigung ein Schnupftuch zu benutzen, weit überlegen. Recht hatte (und hat, sonst säße im Bundestag ab Montag wenigstens eine Partei weniger) nicht der welsche Schönredner, sondern vor allen anderen der ehrliche Mann, der es nicht sagen kann: der Heidbauer bzw. -egger.

»Ihre ›Soziogenese‹ und ihre ›Psychogenese‹ haben die Deutschen als Feinde der Zivilisation gestählt«

Bei den Landsleuten kommt es darauf an, wie es da drinnen aussieht, und wie's da drinnen aussieht, geht niemand was an. Entsprechend sieht's aus. Der Wirt vom Deutschen Haus drückt hastig die Klappe zu, wenn die sauren Kutteln die Durchgabe zum Gastraum passiert haben. Nur der italienische Pizzabäcker läßt jeden in die Küche gucken, der Blender. »Mit Ausländern« wäre man bei Zählung derer, die täglich ein Bad nehmen, womöglich auf mehr als 2,5 Prozent gekommen. Im Gegensatz nämlich zu türkischen Zigarettenkippen im Treppenhaus sind deutsche Achselnässe und Mundgeruch nicht Zeichen mangelnder Sauberkeit, sondern Ausdruck innerer Werte.

Die Einzigartigkeit unter den Nationen Europas, mit der sich die Deutschen brüsten, ist kein leerer, auch kein Oberlehrerwahn. Nicht ihre Chromosomen, wohl aber ihre »Soziogenese« und ihre »Psychogenese« (Elias) haben sie als Feinde der Zivilisation gestählt, Feinde zudem, die ihr zivilisatorisches Minus als »kulturelles« Plus zu fühlen nie aufgehört haben und es darum dem anderen Gesindel immer wieder zeigen müssen.

Die Blockwarte des deutschen Familienprogramms, verehrter Peter Hacks, haben keinen kleinen Hitler in den Genen; Hitler hatte einen überlebensgroßen deutschen Standesbeamten im – ja, wie nennen wir's? – im Gemüt.

Hermann L. Gremliza ist Herausgeber von KONKRET



Radikal enttäuscht

■ *Von Karl Held*

■ **Die in KONKRET vorgebrachten Einwände gegen Nationalismus und Rassismus haben einen einzigen Effekt: Dem häßlichen Deutschen werden die Hosen runtergelassen!**

KONKRET versteht sich als Sprachrohr gegen Nationalismus und Rassismus, gegen Wiedervereinigungstaumel und weltweite Einmischungsgelüste Deutschlands, gegen Asylhetzer und Skinheads. Im Pluralismus unserer gleichgeschalteten Medienlandschaft, wo es zum guten Ton gehört, das Treiben dieser Nation vom Standpunkt konstruktiver Verantwortung zu beurteilen, fällt die Zeitschrift damit automatisch auf: Ihre radikale Unzufriedenheit ist hierzulande weder üblich noch erwünscht; ebensowenig, daß in ihr Menschen zu Wort kommen, die – im Unterschied zu den meisten Kollegen von der Ex- bzw. Rest-Linken – imperialistische Absichten und deren ideologische Namen noch auseinanderhalten wollen.

KONKRET-Autoren entdecken im Gesülze vom »Zusammenwachsen«, das »wir Deutschen« solidarisch zu bewältigen hätten, ein Expansions-Programm, dem sie sich »nie wieder« anschließen wollen. Die unwidersprechliche »humanitäre Verantwortung«, die »uns« zum Eingreifen auf dem Balkan »zwingt«, überführen sie als Rechtfertigungsformel Bonner »Säbelrassler«, die in *ihnen keineswegs den Wunsch nach deutschen* Soldaten in Sarajevo aufkommen läßt. Ein »Asylproblem« halten sie nicht schon deswegen für das ihre, weil Kanzler und Oppositionsführer es zum »Staatsnotstand« erklären. Das militante Problembewußtsein von rechten Flammenwerfern, beifallspendenden Bürgern und verständnistriefender Presse kritisieren sie als »völkischen Krieg«, der »nicht die Not, sondern die Notleidenden beseitigen will«. An der gewöhnlichen Ausländerfreundlichkeit, die die Bimbos für nützliche Knechtsdienste von der Aufbesserung der Rentenkasse bis zur Bereicherung unserer Sauerkrautkultur schätzt, bemerken sie die Unart, »daß den Deutschen schon mit den allerbesten, ihrem eigenen Vorteil förderlichen Gründen kommen muß, wer von ihnen will, daß sie Ausländer nicht verbrennen«. Für schöngeistigen Multi-Kulti-Kult, die Anbetung des Andersartigen als andersartig, können sie sich darum ebenfalls nicht begeistern.

Deutschland und seine stolzen Einwohner verdammen sie also durchaus in Grund und Boden – aber wie und wofür?

Die Kritik: Von wegen Demokratie!

KONKRET beschuldigt herrschende Sprachregelungen, ideologisch zu sein, Gründe für das Handeln dieser Nation bloß vorzuschieben. Was ist dann aber Sache? Wenn Deutschland seine Eingreiftruppe nicht zur Rettung von Witwen und Waisen braucht – wozu dann? Wenn Deutschland nicht wegen objektiver Überfüllung geschlossen werden muß – warum dann? Und »zu voll« wofür? Wenn deutsche Bürger nicht einfach aus »Frust« über Ausländer herfallen – wie kommen sie dann darauf? Die Neugier, die ihre Ideologiekritik wecken könnte, befriedigt KONKRET auf eigentümliche Weise. Artikel, die ein Stück Erklärung versprechen – worum es geht bei Nato/WEU, europäischem Binnenmarkt, Asylrecht und nationalistischen Pogromen – geraten regelmäßig zu Enthüllungsstories. Wenn KONKRET fragt, was »dahinter steckt«, löst sich nahezu jeder Gegenstand in die Entdeckung auf, daß auf dieser Welt entsetzlich viel Ewiggestriges unterwegs ist und es von alten und neuen Nazis nur so wimmelt.

Wozu dieses Kritikverfahren taugt, zeigen zwei Beispiele aus den Schwerpunktthemen der letzten Nummern:

1. Jugoslawien und Maastricht – Rückfall in alte Großmachtambitionen?

Wolfgang Pohrt zur Anerkennungspolitik der Bundesregierung in Jugoslawien: »Konnte die Kampagne anfangs zur Not noch als Ausdruck einer blauäugigen, romantisch gefärbten Begeisterung für das Streben kleiner ethnischer Gruppen nach Autonomie und Selbstbestimmung passieren, so stand spätestens seit dem 18.7. fest, daß das ordnungspolitische Ziel nicht die kompromißlose völkische Selbstbestimmung war, sondern die völkische Diktatur eines faschistoiden Regimes über die ethnischen Minderheiten innerhalb seines Herrschaftsbereiches. War die radikal-slowenische Haltung bei angestrengt gutwilliger Auslegung noch zu begreifen als *Versuch, auf billige Weise im Golfkrieg* verspieltes Ansehen bei den Westmächten zurückzugewinnen, so stellte die Parteinahme für den Kroatenführer Franjo Tudjman, dessen Gedankengut dem des faschistischen Ustascha-Staats Kroatien nahekommt, einen offenen Affront gegen die westlichen Länder dar, die im zweiten Weltkrieg mit den Partisanen gegen das 3. Reich und sein Vasallenregime in Kroatien gekämpft haben« (9/91).

Und Georg Fülberth zu Maastricht: »Im September 1992 hat sich gezeigt, daß der Kernpunkt der deutschen Kriegszielbeschreibung vom September 1914 verwirklicht ist: ein europäischer Wirtschaftsverband ›unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung‹... Immer wieder erzählten Kohl und Genscher, sie wollten kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland. Das Ganze ist ein doppelter Bluff« (11/92).

Die Einlassungen machen deutlich, daß ihr historischer Rückbezug mehr als eine bloße Parallele sein will. Das Deuten auf ihn ist ein, ja, *das* Argument zur Sache! Beide aktuellen Projekte des deutschen Imperialismus – ihre Zielsetzung, ihre Adressaten, ihre Mittel – werden im Begriff (schlimme) »Kontinuität« zusammengemanscht, und fertig ist der Lack. Über den Inhalt einer Staatsräson, die heute den Krieg in Jugoslawien anheizt und 12 Nationen zu einem Wirtschafts-, Währungs- und Militärblock zusammenschmiedet, weiß man zwar nicht Bescheid, wenn man darauf deutet, daß Hitler

auch damals schon mit Kroatien paktierte und Reichskanzler Bethmann-Hollweg bereits 1914 auf ganz Europa als Geltungsbereich deutscher Macht und Herrlichkeit scharf war – dafür genießt man den billigen Triumph, Deutschland in eine unselige Tradition gestellt zu haben. Es stimmt zwar auch nicht, daß die vergrößerte BRD Kroatien wegen einer besonderen Affinität zu alten Hitler-Vasallen unterstützen würde und ihr Europaprojekt zwecks Vollendung von Bethmann-Hollwegs »Traum« aufzöge – zur Denunziation der nationalen Berechnungen, die man als solche gar nicht zur Kenntnis nimmt, aber reicht es, sie mit dem schlechten Ruf ihrer Verfolger zu kritisieren. Und können Pohrt und Fühlberth für einen schlichten Unterschied zwischen kompromißloser »völkischer Selbstbestimmung« und »völkischer Diktatur«, zwischen einem »deutschen Europa« und einem »europäischen Deutschland« eintreten? Wer so auf Etiketten abfährt, macht daraus schon ein Argument und warnt ausgerechnet die Herrschenden in England und Frankreich vor dem großen deutschen »Bluff«!

Ist KONKRET da nicht selbst hereingefallen? Wenn die Zeitschrift gegen Kohl, Kinkel, Rühe und all die anderen »Verantwortungs«-Aufkracher Stimmung machen will – warum hält sie sich dann nicht an deren Taten, sondern an das Schild, unter dem sie verkauft werden? Was etwa wäre an einem echten »Europa gleichberechtigter Vaterländer« weniger schlimm? Weiß man bei KONKRET nicht, daß der imperialistische Charakter des Europaprojekts sich nicht in der Führung Deutschlands erschöpft, sondern dem imperialistischen Willen von ein paar großen und kleinen kapitalistischen Nationen entspricht? Wüßte KONKRET wenigstens wegen der schon angefallenen und noch fälligen Opfer diese internationale Zusammenarbeit zu kritisieren – ohne das »Geständnis« des Kanzlers, er wolle die Sache unter deutscher Führung abwickeln? Offenbar nicht.

Das typisch KONKRETe Kritikmuster geht immer so: Sie entlarvt – die Politiker an vermeintlich für sich selbst sprechenden Zitaten. Sie klagt an – und beweist ihren Vorwurf mit dem Verdacht auf böswillige »Verstrickung« in die Vergangenheit. Sie blamiert – mit Vorliebe an der faschistischen »Erblast« (im Fall Jugoslawien die Einmischung Deutschlands, im Golfkrieg sogar die angeblich feige Ausmischung!). Und hat deshalb seit September einen neuen Hit:

2. Rostock – Beginn eines neuen Faschismus?

Hermann L. Gremliza zu Asylpolitik und Ausländerhetze: »Nicht obwohl, sondern weil sie im Fernsehen die vietnamesischen Familien auf der Flucht vor dem Tod in Rauch und Flammen gesehen haben, stimmen 51 Prozent der Deutschen dem ersten Teil des Nazi-Schlachtrufs zu, 26 Prozent dem zweiten: ›Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!‹ ... Die instinktiv gleichgestimmte Reaktion der ganzen deutschen Gesellschaft, ihrer Politiker, ihres Apparats und ihrer Intelligenz auf die brennenden Unterkünfte von Asylbewerbern markiert den Anfang vom Ende der zweiten deutschen Republik« (10/92).

Erstens: Ausländeranzünden – der »Anfang vom Ende der zweiten deutschen Republik«? Verurteilt derselbe Artikel nicht ein paar Zeilen vorher den »gleichgestimmten« Zynismus von Politikern und Öffentlichkeit, den Rechtsstaat und das Ansehen Deutschlands zum eigentlichen Angriffsobjekt des rechtsradikalen Terrors zu erklären? Um wen soll man sich denn Sorgen machen, wenn die Asylantenbude brennt – um deren Insassen oder um diejenigen, die sie da reingesteckt haben? Und war das nicht eben diese 2. deutsche Republik?

Zweitens: KONKRET warnt vor einem aufkommenden Faschismus. Aber: Wofür ist die Zeitschrift eigentlich, wenn sie sich für Demokratie stark macht? Redet sie überhaupt über die Leistungen dieser Republik und über die Opfer, die sie (auch ohne Judengesetze, Gestapo und KZ) in 43 Jahren Demokratie produziert hat – oder nicht vielmehr über ein Bild von ihr? Hat die Antifaschisten von KONKRET jede Ahnung verlassen, daß Demokratie und Faschismus zwei »Formen bürgerlicher Herrschaft« (ein früher sehr geläufiger Buchtitel von Reinhard Kühnl) sind? Daß Demokratie demnach kein Zweck, sondern eine Methode kapitalistischer Herrschaft ist? Man mag ja sogar eine Weile geglaubt haben, daß nationalistische Krawalle zu einer zivilisierten Demokratie nicht passen und Rassismus ein besonderes Kennzeichen des Faschismus ist. Bloß: Wenn all diese häßlichen Dinge mitten in unserer blühenden Republik passieren, mit einem Parlament, mit einer freien Presse, mit mehreren Führern zur Auswahl, wenn der Schattenkanzler von der SPD für eine Verschärfung der Asylverfahren »durch die gemeinsame Tat der Demokraten« wirbt, »weil sonst andere kommen und es tun«, also gar nicht verspricht, etwas anderes zu tun als die Schönhubers – was bleibt dann übrig von der liebgewonnenen Demokratie-Vorstellung?



Foto: Juraitis

Abtransport der Stalin-Statue ins Museum »Opfer des Stalinismus«, Wilna 1988

Den Gedanken, daß diese Republik der Nährboden für alle angeprangerten »Auswüchse« ist, faßt Gremliza selbst dann nicht, wenn er sich scheinbar illusionslos über die deutsche Demokratie ausläßt: »Nicht obwohl, sondern weil die Parole ›Deutschland den Deutschen‹ den Abschied von der Demokratie markiert, wurde ihr Inhalt im Herbst 1992 zu einer Gemeinsamkeit der Demokraten... Der Demokratisierungs- bzw. Zivilisierungsprozeß von 40 Jahren BRD existierte nur im Mißverstand von Verfassungsschützern und dem Größenwahn der Achtundsechziger.«

Wer zwischen »Demokratisierungsprozeß« und »zivil« leichten Herzens ein Gleichheitszeichen zu setzen versteht, der ist so wild entschlossen, Demokratie für ein prinzipielles Gütesiegel zu halten, daß er die Praxis von 40 Jahren Bundesrepublik eher zur Tarnung erklärt, als auf sie als Wert etwas kommen zu lassen.

Der Schlüssel zu allem: Die Sozialpsychologie des deutschen Wesens

Daß der deutsche Staat von Arbeitskräften mit fremdem Paß zur Zeit genug hat und die Unterbindung ungesteuerter Zuwanderung von überflüssigen Elendsgestalten aus aller Welt zu einer seiner Hauptaufgaben macht; daß der Sympathiewert von Ausländern in der gleichen Zeit bei den meisten seiner Untertanen rapide gesunken ist und es immer moderner wird, die Gnade der deutschen Geburt gegen Menschen anderer Herkunft geltend zu machen – diese Einigkeit zwischen Politik und Volk ist den Leuten von KONKRET zuwider. Zugleich allerdings zeigt ihre Kritik, daß sie weder wissen, worin diese Identität besteht, noch, wie sie sich herstellt: »Fürwahr, sie sind ein Volk«, stöhnt Gremliza und meint damit Innenminister Seiters ebenso wie den Lichtenhagener Azubi, Lafontaine und die Hausfrau aus Sindelfingen.

Dieser Seufzer ist insofern programmatisch, als die Zeitschrift zwischen der Ausländerfeindlichkeit der Nationalisten von oben und unten keinen Unterschied zu machen pflegt. Bliebe damit bloß die Frage ungeklärt, wer der größte Drecksack im ganzen Land ist, wäre das nicht weiter schlimm. Bloß verwechselt sie damit auch Ursache und Wirkung.

Ohne die Herstellung des kleinen mörderischen Unterschieds zwischen In- und Ausländern, die ein Akt staatlicher Subsumtion ist, hätten die »aufgebrachten Bürger« schließlich gar keinen Gegenstand, auf den sie ihre »Wut« entladen könnte – mit ihr sehr wohl. Erst recht, wenn selbiger Staat ein »Ausländer raus«-Programm auflegt, mit dem er sein Interesse verkündet, nicht wesentlich mehr Menschenmaterial auf eigenem Gelände herumlungern zu lassen, als er für die hiesige Profitproduktion gerade braucht (inklusive Reserve), und den Rest dort zu halten, wo er den Pfeffer kauft. Liegt die Vermutung da so fern, daß Otto Normalo, der »Kanacken – Koffer packen« ans Asylantenheim schmiert, seine Obrigkeit genau richtig verstanden hat?

Exakt umgekehrt bei KONKRET: Nicht dem Nationalismus des Staatsvolks, das sich die politische »Problem«-Definition zu eigen macht und darüber eine Menge von praktizierenden Fremdenhassern hervorbringt, gilt ihr Ärger; sie wünscht sich Nationalisten, die sich beherrschen – und ist zutiefst enttäuscht, daß sie dies nicht können, weil bis in die Knochen versaut:

Das Volk: Ein gieriger Mob!

Polemisch werden diese linken Volkskritiker darum auch nicht gegen den vermeintlichen Nutzen des »stolzen« Privilegs, »ein Deutscher zu sein«, der gegen Diener anderer Herren, sogenannte »Schmarotzer«, zuweilen handgreiflich wird, sondern gegen einen angeblich tatsächlichen Gewinn, den der Deutsche aus dem Wachstum des Sozialprodukts gezogen habe: »Deutsche Mittelständler und Kleinbürger aller Art ließen einen bürgerlichen Staat, der ihre materielle Gier befriedigte, eine Zeitlang gewähren; sogar das Geschwätz von Partizipation und Multikultur konnten sie, reelle Aussicht auf Zweitwagen und Dritturlaub vorausgesetzt, ein Weilchen anhören, ohne gleich das Messer zu ziehen... Nichts ist mehr, wie es war, seit die Deutschen ihre Meinung über Integration von Minderheiten, mehr Partizipation und Bürgerrechte nicht mehr für ein Linsengericht bzw. einen Frontspoiler verkaufen können... sich vorzustellen, welcher Meinung sie sein werden, wenn das Volk ein Volk in Not ist, weil das Sozialprodukt nur um 1 Prozent statt um 2 Prozent steigt, ist nicht schwer.«

Ausgerechnet die trostlose Milchmädchenrechnung von den Fremdlingen, die »uns Brot und Wohnung wegnehmen«, soll schnödem Vorteilsdenken entspringen? Wenn es so wäre: Warum haben dann die Rostocker keine Lohnforderungen gestellt, sondern sich und ihr hübsches Plattenbauviertel von Ausländern »befreit«? Warum neiden die gierigen Deutschen ausgerechnet den »Absahnern« aus den Notunterkünften und von der Müllabfuhr ihre Wohn- und Arbeitsplätze? Warum halten sie sich nicht an Opel und Neckermann, wenn sie so scharf auf »Zweitwagen und Dritturlaub« sind?

Einen politischen Zweck vermag KONKRET in der Ausländerfrage vorne und hinten nicht zu entdecken. Entweder sie verwechselt die harte Absicht des aufgeworfenen Ausländerproblems mit dessen innerpolitischer Propaganda-Funktion und tippt auf »Ablenkung« als »des Rätsels Lösung«. Oder sie verfabelt das Asylantenthema in eine Serviceleistung der Großkopferten für die faschistische Natur ihrer Bürger. Oder sie dichtet dem Volk und seinen Führern am liebsten gleich einen kollektiven Wahn an, und landet damit zwangsläufig bei der modernsten Ausflucht für Unwissenheit – der Psychologie.

Die Figur des »häßlichen Deutschen«

Dem Vorurteil vom »guten Deutschen«, der Ansehen in aller Welt verdient, weil er in der Tradition von Goethe und Schiller steht und ein aufrechter Europäer ist, begegnet KONKRET mit den Ressentiments eines zutiefst enttäuschten Volkserziehers, der an seine Schäfchen kaum noch glauben mag. Deren Denken und Handeln kritisiert die Zeitschrift als Ausdruck des spezifisch deutschen Nationalcharakters, der das Volk und die Taten seiner Herren bestimmt. Beim Zeichnen deutschen Un-Geistes imitiert KONKRET die Rassisten sämtlicher Epochen und ersetzt die Kritik am rassistischen Tatendrang deutscher Nationalisten durch die Bebilderung der Behauptung: Die sind eben so.

Die Ontologisierung vermeintlich spezifisch deutscher Charaktereigenschaften ist nun nicht etwa deswegen bemerkenswert, weil sie einen an sich sympathischen Menschenschlag verunglimpfen würde. Bemerkenswert ist sie, weil so verfahrende Kritiker des Nationalismus ihren Brechreiz selbst wieder nur als Theorie der nationalen (Un-)Arten formulieren können. Einen Rassisten vor den Spiegel zu stellen, ist eben auch nur ein Rassismus.

Fazit: Die KONKRET-Menschen blamieren öffentliche Ideologien manchmal an ihrer Dummheit und Gemeinheit, führen sie aber immer auf einen falschen Grund zurück: Im deutschen Nationalismus wollen sie eine ganz besonders widerwärtige Spezies (Unter-?)Mensch entdeckt haben.

Vom deutschen Volk radikal enttäuscht sein – das ist auch ein Engagement für ein besseres Deutschland.

Karl Held ist verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift »Gegenstandpunkt«. Er schrieb in KONKRET 4/93 über die »Gorbatschow-Gespräche«

»Differenz«?

Von Claudia Pinl

Geschlechterdifferenz soll der Frauenpolitik wieder Schub verleihen

Nach 20 Jahren neuer Frauenbewegung halten viele Feministinnen erschöpft inne. Es ist zwar einiges erreicht worden. Hier und da in den Parlamenten und im »middle management« ist der Frauenanteil gestiegen. Die Sensibilität gegenüber Frauenbelangen ist gewachsen; es macht sich schlecht, wenn die Gelder für Frauenhäuser oder Notrufzentralen den Etatkürzungen zum Opfer fallen. Aber die wirkliche, die ganz große Veränderung ist nicht eingetreten. Und das Pendel schlägt zurück: Gerade einmal wieder wird den Frauen der Platz in der Öffentlichkeit streitig gemacht. Der emanzipatorische Karren steckt, scheint es, trotz kleiner Bewegungen hier und da, ziemlich tief im patriarchalen Dreck.

Nun gibt es seit einigen Jahren Stimmen, die behaupten, der Karren komme deshalb so schlecht vom Fleck, weil die ganze Richtung nicht stimme. Nicht nur Mittel und Wege, auch Ziel und Leitmotiv seien falsch – die Idee der Gleichberechtigung, der Gleichheit mit den Männern führe in die Sackgasse. Die Gleichheit sei für die Befreiung der Frauen untauglich, denn sie versuche, Frauen an Männer anzupassen, was mißlingen müsse, da Frauen und Männer grundverschieden seien, Gleichheitsvorstellungen die »sexuelle Differenz« leugneten.

Die Theorien der Geschlechterdifferenz, deren Faszination zur Zeit nicht wenige Feministinnen erliegen, gehen zum großen Teil auf die Arbeiten der französischen Psychoanalytikerin und Philosophin Luce Irigaray zurück. Urgrund der Differenz ist für Irigaray nicht mehr und nicht weniger als der kleine Unterschied selbst, die körperlich-sexuelle Differenz. Anatomie und Physiologie, die körperlichen Abläufe, insbesondere in der Sexualität, so Irigaray, unterscheiden Frauen und Männer grundlegend. Frauen verfügen durch ihre spezifische Sexualität, durch Zyklus, Schwangerschaft und den Wechsel des Hormonhaushalts im Laufe des weiblichen Lebens über eine »nicht auflösbare Beziehung ihres Körpers zum Universum«. Anatomie ist also wieder einmal Schicksal. Hierin bleibt die Freud-Kritikerin Irigaray dem Altmeister der Psychoanalyse ergeben.

Nach den Philosophinnen und Juristinnen haben nun auch aktive Politikerinnen die Geschlechterdifferenz entdeckt. Nun endlich scheint der frauenpolitische Karren wieder in die Gänge zu kommen – denn die Fahrt geht schwungvoll zurück ins patriarchale Lager. Festzumachen etwa an dem Streit zwischen der hessischen Frauenministerin Heide Pfarr einerseits und grünen und CDU-Frauen andererseits darüber, ob die Hausfrauenarbeit als »weiblicher Lebensentwurf« politisch unterstützt werden solle oder nicht. Das Streben nach Gleichberechtigung in Erwerbsarbeit und Politik lasse die »private« Seite, die von Frauen geleistete Haus- und Beziehungsarbeit, außer acht und führe zur Doppel- und Dreifachbelastung der Frauen, so die Politikerinnen der Grünen Marieluise Beck-Oberdorf und Elke Klitz.

Die Männer und ihre konstante Verweigerung der Haus- und Beziehungsarbeit bleiben dabei jedoch außen vor. Die Unmenschlichkeit einer Erwerbsarbeitswelt, die die darin Tätigen am liebsten rund um die Uhr verfügbar hielte, scheint schlimm nur für Frauen zu sein, nicht für Männer. Aber tatsächlich können sich Männer nur darauf einlassen, weil Frauen ihnen die Molesten des Alltags vom Hals halten, sich nicht nur um die Masern der Kinder und die Pflege der Schwiegermutter kümmern, sondern auch darum, daß der Mann jeden Morgen an Leib und Seele gestärkt sich erneut in die Schlacht ums Bruttosozialprodukt stürzen kann.

Diese nach wie vor herrschende geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Frauen ein Mehrfaches an Arbeit, an nicht anerkannter, nicht bewerteter Arbeit zuschiebt, ist selbstverständlich keine Folge des Gleichheitsdiskurses. Vielmehr ein drastischer Hinweis darauf, daß die Gleichheit nicht verwirklicht ist, daß die Umverteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen noch aussteht.

Die »Geschlechterdifferenz« ist sehr in Mode gekommen: In Frauenprojekten, an den Universitäten, bei Politikerinnen der Grünen und in den Medien. Der Suhrkamp-Verlag widmet dem »Unterschied der Geschlechter« eine eigene Taschenbuchreihe, das ZDF-Kulturmagazin machte sich auf die Suche nach der »antifeministischen Feminität«, und die »wachsende Einsicht«, daß Egalität nicht zu erreichen, nicht einmal wünschenswert sei, bereitet einer »FAZ«-Autorin Wohlbehagen. Abgehakt also der zweihundertjährige Kampf der Frauen – und einiger Männer – um Gleichheit; die Utopie einer Gesellschaft, in der der Geschlechtsunterschied nicht mehr dazu dient, soziale Chancen zu verteilen – Schnee von gestern; Emanzipation – aus der Mode gekommen. Statt vom Patriarchat redet die aufgeweckte Postfeministin der 90er Jahre sachlich vom »Geschlechterverhältnis«; Männer klatschen Beifall, die Emanzen scheinen endlich wieder vernünftig zu werden.

Auf der biologischen Tatsache des Geschlechtsunterschiedes gründet seit Jahrtausenden ein Herrschaftsverhältnis. Das trotzige Bekenntnis zum kleinen oder vielmehr: zum großen Unterschied zwischen den Geschlechtern ändert an diesem Herrschaftsverhältnis nichts, im Gegenteil. Das Beharren auf einer Differenz der Geschlechter jenseits des anatomischen Unterschieds vertieft die Arbeitsteilung, entläßt die Männer aus der Verantwortung für die Zerstörung der Lebensgrundlagen – fern, wie sie der Natur und dem Universum sind, können sie ja gar nicht anders – und verstellt den Frauen den Blick darauf, daß es an ihnen liegt, diesen Männern die Wiederaufarbeitung zu verweigern.



Claudia Pinl hat das Buch »Vom kleinen zum großen Unterschied« veröffentlicht (Konkret Literatur Verlag)

Differenz!

Anmerkungen zur Geschichte eines Kongreßforums

Keiner der Programmpunkte, die wir in unserem Kongreßaufruf im Januar 1993 angekündigt haben, hat so böse Reaktionen hervorgerufen wie das Forum, dem wir den Titel »Die deutsche Frauenbewegung – ein etwas anderer BDM?« gegeben hatten. Die Beschwerden richteten sich vor allem gegen den Titel – der gerne auch durch das Weglassen des von uns mit Bedacht gesetzten Fragezeichens zum Objekt der Erregung gemacht wurde –, aber auch die nähere Bestimmung des Themas wurde als »Unverschämtheit« kritisiert. Auf einige dieser Einwände sind wir in den »Kongreß-Nachrichten« (KONKRET 2/93) eingegangen.

Abgesehen von der Parallelisierung mit dem Nationalsozialismus, die nicht nur in KONKRET als polemische Anspielung, *auch* im Zusammenhang mit der Frauenbewegung, durchaus üblich ist – insofern ist die Mutmaßung, hier werde der Frauenbewegung eine Sonderrolle zugewiesen, jedenfalls dann unsinnig, wenn man KONKRET als Ganzes und nicht nur den Kongreßaufruf betrachtet –, schoß sich die Kritik an dem vorgeschlagenen Forum auf *ein* Ziel ein – allerdings aus zwei Richtungen. Befanden die einen, wie Jutta Oesterle-Schwerin, wir würden uns eine Pappkameradin aus Einzelerscheinungen zusammenkleben, die Mehrheit der Frauenbewegung sei weder antisemitisch noch rassistisch noch habe sie ein Interesse an Geschichtsrevision, so bestritten die anderen, unter anderem eine Hamburger Frauengruppe, die uns einen Leserbrief mit dem Titel »Wie sich KONKRET des Feminismus als Problem linker Politik entledigt« schickte – Unterzeichnerinnen: Bettina Hoeltje, Heike Bettermann, Regula Bott, Friedegund Bürger, Katrin Hobusch, Marianne von Ilten, Kathrin Köpp, Christa Merkel, Karin Müller und Marion Pein – nicht, daß es Erscheinungen wie die von uns zitierten zuhauf gäbe. Allerdings, so heben sie hervor, finde »seit Jahrzehnten eine Debatte« in der Frauenbewegung statt etwa um die Rolle der deutschen Frauen im Nationalsozialismus, um rassistische und antisemitische Tendenzen in der Frauenbewegung etc., wobei sie »keineswegs behaupten (wollen), dieses sei nun der Mainstream der theoretischen und politischen Debatte innerhalb der Frauenbewegung – da sind wir eher pessimistisch«.

Damit erzählen sie uns nun allerdings nichts Neues. Genau die Position, von der die Unterzeichnerinnen behaupten, sie werde von KONKRET »systematisch« weggelassen, sollte in dem von uns vorgeschlagenen Forum zu Wort kommen. Die Briefschreiberinnen selbst zitieren zur Charakterisierung dieser Nicht-Mainstream-Fraktion zwei KONKRET-Artikel (von Ingrid Strobl und Baader/Lwanga). Eben die Frage aber, warum das nicht der Mainstream ist – wenn wir uns denn darin einig sind –, wollen wir auf dem Kongreß besprechen.

Die Annahme, daß man ja auch darüber reden könne, inwiefern der vorgeschlagene Titel etwas Falsches thematisiere oder wenigstens etwas Richtiges falsch thematisiere, hat sich als illusorisch erwiesen. Die Referentinnen, die wir zu der Veranstaltung unter diesem Titel einluden, waren bis auf zwei Ausnahmen nicht bereit, unter dieser Vorgabe teilzunehmen. Daß wir, um der Auseinandersetzung die Schärfe zu nehmen und das angestrebte Forum möglich zu machen, uns auf eine Änderung des Titels der Veranstaltung einließen, hat allerdings nicht viel gebracht. Denn nun wurden Forderungen nachgeschoben – etwa: Frauenforum als Plenum, während dessen Durchführung keine Parallelveranstaltung stattfinden dürfe –, die unannehmbar waren, da sie bedeutet hätten, daß wir Gruppen außerhalb der Redaktion sowohl organisatorischen als auch inhaltlichen Einfluß auf die Durchführung des Kongresses eingeräumt hätten. Dies widerspricht jedoch sowohl dem Konzept dieser Zeitschrift als auch dem des Kongresses.

Daß KONKRET keine feministische Zeitschrift ist, ist keine besonders aufregende Nachricht. Daß wir deshalb auch auf dem Kongreß nicht den Eindruck erwecken wollen, an der vordersten Front der feministischen Theoriebildung zu stehen, sondern uns dem widmen möchten, was wir auch in der Zeitschrift pflegen, nämlich der Kritik reaktionärer Anteile gewisser Fraktionen im Feminismus, kann man durchaus für zu wenig halten. Bitter nötig ist es dennoch.

Redaktion KONKRET

Daneben gegriffen

Von Robert Kurz

Das von der radikalen Linken an die Wand gemalte »Vierte Reich« will nicht so recht in die Gänge kommen. Die Kritik, die sich auf dieses Phantom kapriziert hat, verbleibt selbst noch in den nationalstaatlichen Kategorien der Gegenseite

Ein Land, in dem ein Geisterfahrer Verkehrsminister ist, kann sich auch eine radikale Linke leisten, die noch den Golfkrieg aus den Schützengräben des 2. Weltkriegs analysierte, die es sich mittlerweile vor Verdun bequem gemacht hat und die das Jahr 2000 vermutlich aus der Warte der Schlacht im Teutoburger Wald begrüßen wird. Trotz aller linksradikalen Bemühungen, »Deutschland« mittels Infusion von Halluzinogenen zum sieghaften imperialen Übersubjekt aufzublasen, um die eigene verbohrte ideologische Identität zu retten, will das Vierte Reich nicht so recht in die Gänge kommen.

Es ist schon ein merkwürdiger Imperialismus, wenn besorgte Mütter ihre wehrpflichtigen Söhne von Raketenkreuzern herunterholen können, die ohnehin keinen Schuß abgeben dürfen, und wenn ganze Flugabwehrbatterien bei der Aussicht einer Verlegung in die vergleichsweise weitab vom denkbaren Kriegsgeschehen liegende Türkei geschlossen den Kriegsdienst verweigern. Etwas nachdenklich sollte es auch stimmen, daß kein Kaiser Wilhelm keine Parteien mehr kennt, sondern daß letztere zum Gaudium des globalen TV-Publikums wegen des untergeordneten Einsatzes deutscher Awacs-Beobachter und auch sonst hinsichtlich so ziemlich aller politischen und ökonomischen Probleme gequält übereinander herfallen, ohne auch nur so etwas wie die Ahnung einer imperialen Strategie aufkommen zu lassen.

Was das ehemalige Jugoslawien betrifft, so ist dort keinerlei strategisches Ziel irgendeines Imperialismus formulierbar, außer in höchstens belletristisch interessanten Phantasy-Programmen strammer deutscher Linksradikaler. Es gibt dort einfach nichts zu holen oder strategisch zu besetzen. Die billige Lohnfertigung der selber auf dem letzten Loch pfeifenden deutschen Textilindustrie war peinlicherweise hauptsächlich in Serbien angesiedelt, das von den deutschen Medien zum alleinigen Bösewicht gestempelt worden ist; und deutsche Kapitalisten sind es auch, die sich ungeachtet der Reißmüllerschen Tiraden in der »FAZ« und weit entfernt von jedem imperialen Schulterschluß eifrig am Bruch des ohnehin löchrigen Uno-Embargos beteiligen. Daß die Deutschen ihre ehemaligen dalmatinischen Sandburgen erobern wollen, ist ebenfalls zweifelhaft. Übrigens wären die vom Weltmarkt ruinierten und gegeneinander in Ausgrenzungskonkurrenz getretenen Völkerschaften der jugoslawischen Nationalökonomie auch ganz ohne das segensreiche Wirken des deutschen Ex-Außenministers Genscher übereinander hergefallen. Der Großohrige scheint eher aufgrund typisch liberaler Illusionen in die Scheiße gelangt statt einen strategischen Plan verwirklicht zu haben.

Merkwürdig sieht auch der Einzug des siegreichen deutschen Imperialismus in seine frisch zugefallenen osteuropäischen »Hegemonial-« und »Einflußbereiche« aus. Weder in Ostdeutschland, das der BRD weniger in den Schoß als auf den Schädel gefallen ist, noch in den ostmitteleuropäischen Reformstaaten, geschweige denn in der GUS engagiert sich das westdeutsche Kapital in wirklich großem Umfang, und zwar völlig folgerichtig mangels rentabler Projekte. Selbst die bereits angelaufenen Investitionen entpuppen sich teilweise als Flops oder werden storniert. So beklagte sich Opel bitter über Stromausfälle, mangelnde Verkehrsverbindungen und vorsintflutliche Bankbeziehungen seiner Billiglohnfabrik im ungarischen »Einflußgebiet«, die den erhofften Kostenvorteil zusammenschmelzen lassen. Mercedes Benz ist aus dem Joint Venture mit den tschechischen Lkw-Herstellern Avia und Liaz eiligst wieder ausgestiegen, mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß sich die Markterwartungen nicht erfüllt hätten. Und kein noch so hartgesottener Imperialist wird je wieder ein »Erzbecken« annektieren wollen, weder ein französisches noch ein sibirisches; im Gegenteil geht es ja vordringlich darum, die eigene Montanindustrie endlich mangels Rentabilität zur letzten Ruhe zu betten.

Wenn es gar ein imperialer Zugriff sein soll, daß die BRD aus Furcht vor ebenso unbegriffenen wie unkalkulierbaren weiteren Zusammenbruchsentwicklungen von Staats wegen dreistellige Milliardenbeträge in die GUS transferiert, die dort still versickern und nicht einmal im 22. Jahrhundert eine Rendite abwerfen werden, dann bitteschön. Der Imperialist hat's eben schwer mit seinen Einflußbereichen. Auch die unverschämte deutsche Asyldebatte und Ausgrenzungspolitik samt deren Vorverlagerung nach Osteuropa riecht eher nach panischer Abschottung und populistischer Bauernfängerei im Hinblick auf die eigenen inneren Probleme, was zwar mehr als unappetitlich, aber trotzdem etwas anderes als eine imperiale Hegemonialstrategie ist. Zu allem Überfluß waren es ausgerechnet erhebliche Teile des westdeutschen Weltmarkt-Managements, die diese Politik lautstark verurteilten und eine Öffnung für Einwanderer verlangten; weniger aus moralischen Gründen freilich, als vielmehr in der Hoffnung auf Sozialdumping und mit dem (allerdings illusionären) Verweis auf die prekäre Entwicklung des deutschen Rentensystems. Wenn Einigkeit stark macht, dann braucht der »deutsche Imperialismus« wohl erst einmal eine Einigkeits-Nachrüstung.

Auch westlicherseits sieht die »deutsche Vorherrschaft in Europa« ziemlich seltsam aus. Die völlig unkalkulierten monetären Folgen der grandiosen deutschen Vereinigung haben bereits die Geldpolitik der deutschen Bundesbank aus dem Ruder laufen lassen, und einer der größten Siege des gesamtdeutschen Imperialismus scheint darin zu bestehen, daß er mit dem eigenen dicken Hintern das selbstgebastelte Maastricht-Konstrukt wieder einreißt und weitgehend ruiniert. Selbst die Zwerge Luxemburg und Dänemark werden aufmüpfig, und die immer noch von altnationaler Glorie benebelten Briten und Franzosen haben sowieso noch nie besonderen Respekt vor der »deutschen Dominanz« gezeigt und kochen auch jetzt wieder ihre eigenen Süppchen, so scheußlich diese auch schmecken mögen. Nebenbei bemerkt ist Deutsch nicht einmal als dritte Amtssprache der EG anerkannt worden, wahrscheinlich ein Beweis dafür, wie raffiniert der BRD-Imperialismus seine Vorherrschaft tarnt. Summa summarum: Der »geglückte Griff« nach der Weltmacht scheint irgendwie etwas nicht besonders Griffiges erwischt zu haben.

2.

Die Crux des kontrafaktisch argumentierenden alten Linksradikalismus liegt schon in den Begriffen, die er verwendet. »Deutschland« oder »der deutsche Imperialismus« als strategisches Handlungssubjekt und Begriffe wie »Hegemonialbereich«, »Einflußbereich« etc., die übrigens genauso auf der ideologischen Gegenseite spuken, gehören einer bereits untergegangenen Epoche an, in der die politizistische Illusion eines Primats von nationalen Staatsapparaten über die gesellschaftliche Entwicklung noch eine gewisse Plausibilität besaß. Das einheitliche und selbstbewußte imperialkapitalistische Handlungssubjekt war zwar schon immer ein Konstrukt, das aber als heuristisches durchgehen konnte, solange das primäre Bezugssystem kapitalistischer Entwicklung die im 19. Jahrhundert entstandenen Nationalökonomien waren. Obwohl sich die Keime eines »Weltsystems« (Immanuel Wallerstein) schon seit dem 17. Jahrhundert feststellen lassen, war das Kapital bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts nationalökonomisch zentriert. In diesem Stadium ließen sich die verschiedenen Partikularsubjekte (Repräsentanten des Kapitals bzw. »Kapitalfraktionen«, Arbeiterklasse und Gewerkschaften, Staatsapparat, »politische Klasse« etc.) dem Entwicklungsstand entsprechend zu einem nationalökonomischen Gesamtinteresse formieren, das in Konkurrenz zu anderen ebensolchen trat und stark politisch-militärisch bestimmt war.

»›Deutschland‹ oder ›der deutsche Imperialismus‹ als Handlungssubjekt gehören einer bereits untergegangenen Epoche an«

Schon die Welt nach 1945 entsprach diesem Bild nicht mehr. Die politisch-militärischen Verlierer Deutschland und Japan stiegen gerade deswegen zu großen Weltmarktgewinnern auf, weil sie unter der metaimperialen Käseglocke der Pax americana vom Ballast der »Hegemonialbereiche« und anderem imperialistischen Plunder befreit waren (besonders produktiv für das BRD-Kapital war der »Verlust« des reaktionären Ostelbien). Mit der Fortentwicklung des Weltsystems reiften ganz andere Kriterien des kapitalistischen Erfolgs heran. Die neue Produktivkraftentwicklung seit den 80er Jahren hat die Binnenräume der alten Nationalökonomien endgültig aufgesprengt. Die Internationalisierung der Produktion und der Finanzmärkte führt jede imperiale Nationalstrategie ad absurdum. Wenn also 1989 die deutschen Kriegsziele von 1914 erreicht worden sein sollen, dann muß wieder jenes bekannte Gorbi-Wort bemüht werden: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Die zum globalen Gesamtsystem fortentwickelte kapitalistische Welt ist auf diese Weise nicht friedlicher und widerspruchsfreier geworden, aber die Konfliktlinien verlaufen anders. Denn die ehemals nationalökonomisch formierten Partikularinteressen fliegen auseinander. Die Repräsentanten des großen Kapitals müssen als »global player« agieren und lassen sich nicht mehr in nationalpolitische Einflußstrategien einbinden, was inzwischen sogar Japan zu spüren bekommt. Die Konkurrenz im Kontext des sich herausbildenden unmittelbaren Weltkapitals und immer neue Rationalisierungsschübe (zuletzt das Konzept der »lean production«) zwingen zu »global outsourcing«. Auf diese Weise löst sich die systemische Kohärenz der nationalen Kapitalstöcke bis hinunter zu den ehemals strategischen Basisindustrien auf. Das bekommen die europäischen Montan- und Werftindustrien, neuerdings auch die deutschen Automobilzulieferer drastisch zu spüren.

Die alte Welt kapitalistischer Nationen mit kapitalistischen Nationalinteressen zerfällt in einen Fleckenteppich von Gewinner- und Verlierersegmenten, auf dem mit hoher Geschwindigkeit ständig neue Muster gewebt werden. Auch »oligopolistische« Formierungen großer »Herrschaftsblöcke« (Triade-Konzept), die bloß als Verlängerung des alten nationalökonomischen Hegemonialismus gedacht werden, sind zweifelhaft. Individuen, Unternehmen, Regionen, Länder und ganze Erdteile werden quer zu den »Hegemonialbereichen« vom globalen Marktprozeß mangels Rentabilität abgekoppelt. Mit der Schrumpfung und globalen Streuung der produktiven Basis und der Märkte für Waren, Arbeitskraft und Geldkapital ist einerseits die Logik der Kapitalakkumulation als solche in Frage gestellt; andererseits beginnt ein unübersichtliches Hauen und Stechen der ausrastenden Partikularinteressen (Weltbürgerkrieg). Die Strategien, soweit davon noch die Rede sein kann, werden zu immer schwerer formierbaren Partikularstrategien. Da das totale Weltsystem als kapitalistisches seinem Wesen nach keinen ordnenden »Weltstaat« hervorbringen kann (was mit dem Begriff des Staates überhaupt unvereinbar wäre), entwickelt sich parallel zur blinden Globalisierung eine prekäre Regionalisierung. Die politischen Klassen schwanken zwischen vergeblichen nationalen Formierungsversuchen alten Stils und regionalistischen bzw. separatistischen Kamikaze-Unternehmen.

Ideologien sind zäher als die Realität. Und zäh wie Leder scheint die Ideologie des alten Linksradikalismus zu sein, der sich offenbar weniger an der veränderten Struktur der Realität als vielmehr an den komplementären Phantasien der immanenten ideologischen Gegenseite orientiert. Die chaotische offizielle Debatte über die »neue Weltordnung«, über Maastricht, EG und Wirtschaftsblöcke, über Uno-Eingriffe und Blauhelme oder Grünhelme, über die Sicherung der kapitalistischen Normalität in einer zerfallenden Welt kann von der Linken nicht mit radikaler Kritik adäquat aufgegriffen werden, weil sie auf diese Auseinandersetzung die Kriterien und Kategorien der kapitalistischen Vergangenheit projiziert. Damit beweist sich nur einmal mehr, was schon am zweideutigen Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen und am bloß äußerlichen, mangelhaften und widerwilligen Aufgreifen der ökologischen und feministischen Themen sichtbar geworden war: daß der rote Großvater nicht mehr von dieser Welt ist.

3.

Je mehr sich das Weltsystem negativ zusammenschließt und das Kapital zum unmittelbaren Weltkapital wird, je mehr sich die warenförmigen Interessen im Weltmaßstab atomisieren und je konfuser die diversen Handlungssubjekte bzw. deren Strategien werden, desto klarer tritt der eigentliche subjektlose Fetisch-Charakter des Gesamtkapitals hervor. Die politizistische Illusion linker wie rechter Couleur platzt, weil die Globalisierung des Verwertungsprozesses auf die nationalstaatlich beschränkten Regulationsmechanismen zurückschlägt und sie außer Kraft setzt. Das warenproduzierende Weltsystem selbst ist es, das mit seiner krisenhaften und katastrophischen Vollendung die Frage der Aufhebung von Ware-Geld-Beziehungen auf die Tagesordnung setzt. Eine bloß immanente, selber warenförmige Opposition ist auf dieser Entwicklungsstufe nicht mehr möglich.

Natürlich ist eine »Aufhebung« etwas anderes als eine Rückkehr in die Vormoderne. Die nur scheinbar abgehobene und jenseitige Frage des Warenfetischs muß auf der Höhe des vollendeten Weltsystems praktisch operationalisiert werden, und die neuen sozialen, ökonomischen und geschlechtlichen Problemfelder sind in Beziehung zu einer konkreten Kritik der globalisierten Warenform zu setzen. Eine solche neue, andere Radikalkritik kann nicht mehr in den alten Begriffen der kapitalistischen Durchsetzungsgeschichte formuliert werden, und sie kann deshalb auch keine Rettung, Verlängerung oder Runderneuerung der bisherigen linksradikalen Ideenwelt sein. Der alte Linksradikalismus verweigert diesen Diskurs, weil er selber in den bürgerlichen Basiskategorien denkt, weil seine Revolutionsvorstellung jakobinisch und nationalstaatlich beschränkt ist, und weil jede Operationalisierung einer Kritik der Ware-Geld-Beziehung ihm teils als schlicht utopisch, teils als reformistisch erscheinen muß. Dem völligen Mangel an Radikalität gegen die Warenform entspricht ein verkniffener, besserwisserischer und ressentimentgeladener Scheinradikalismus, der sich zunehmend theorielos und vulgärhistorisch auf einen falschen, quasi naturalisierten Kapitalbegriff in Gestalt des Geschichtswracks »Deutschland« einschießt.

Robert Kurz ist Autor des Buches »Potemkins Rückkehr« (Edition Tiamat). Er schrieb in KONKRET 12/92 über die Treuhandanstalt



Gibt es eine »Faschisierung«?

■ *Von Heiner Möller*

■ **Woher Linke ausgerechnet seit der Wiedervereinigung die Hoffnung auf eine »zivilisatorische Gestaltungsrolle« Deutschlands in Europa und der Welt genommen haben, bleibt ein Rätsel. Das Gegenteil mußte eintreten und ist eingetreten**

Die Wiedervereinigung und die mit ihr erfolgende Re-Nationalisierung einer deutschen Großmacht haben die Rechtsentwicklung in der Gesellschaft, den Parteien und im parlamentarischen System beschleunigt. Ich behaupte einen Prozeß gesellschaftlicher Faschisierung und Tendenzen zu autoritärer Demokratie.

I. Das Ziel lautet: Weltmacht Deutschland

Die Voraussetzungen müssen kurz benannt werden: Die Wiedervereinigung wurde im Konsens mit allen Parteien und der großen Mehrheit der Bevölkerung als nationale Aufgabe vollzogen. Die gemeinsame Aufgabenstellung hat Kinkel prägnant formuliert: »Im Inneren müssen wir wieder ein Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind: Im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht.«

In allen Fragen von »nationalem Belang« ist die große Koalition von CDU bis Grünen konstituiert. Die Diskussion um weltweite Bundeswehreinsätze beruht auf einer unangefochtenen Gemeinsamkeit: »Daß deutsche Außenpolitik sich nicht mehr im Windschatten der jeweiligen Bündnispartner definieren kann, sondern im Rahmen des vorhandenen Bündnisses gestaltend wirken muß« (Erich Rathfelder für viele in der »taz«). In der Außenpolitik wird ganz selbstverständlich die Weltmachtrolle Deutschlands vorausgesetzt: »Die Selbstdefinition Deutschlands in einer veränderten Welt« erfordert, »in den internationalen Institutionen den deutschen Willensbildungsprozeß geltend zu machen« (derselbe). Der Solidarpakt definiert die Vollendung der »inneren Einheit« und Deutschlands Spitzenstellung auf dem Weltmarkt als nationale Aufgaben, für die alle Opfer bringen müssen. Der nationale Konsens in der Asylpolitik schafft das bisherige Asylrecht ab und führt das Kriterium der Verwertbarkeit der Einwanderer ein: Wer nützt der deutschen Wirtschaft?

Die widersprüchliche Diskussion um die Realisierung dieses Konsenses kennzeichnet nicht Uneinigkeit im Ziel, sondern politische Übergangsprobleme der nationalen Parteien (von CDU bis Grüne) in ihrer Neupositionierung und strategische Unsicherheiten in der Realisierung eines von den »Fesseln« der alliierten Besatzung und der dadurch eingeschränkten Souveränität »befreiten« Großdeutschland.



Foto: J. Alfred/Sipa

Strangulierte Lenin-Statue in Bukarest

II. Nationalismus, Rassismus und völkische Gesinnung kennzeichnen das neue Deutschland

1. Die Wiedervereinigung wurde in der Tradition der Gründung der deutschen Nation aufgrund eines völkisch definierten deutschen Selbstbestimmungsrechtes vollzogen. Nicht eine Nation deutscher Staatsbürger wurde geschaffen, sondern das deutsche Volk als Abstammungsgemeinschaft vereinigt.

2. Das (nie beseitigte) völkische Prinzip findet Anwendung in der Innen- und Außenpolitik.

– Im Inneren beim »Asylkompromiß«, der das deutsche Staatsbürgerrecht als Abstammmungsrecht betont. Die Ausgrenzung erfolgt über den per Erlaß vorgeschriebenen Vorrang der Verteilung von Arbeitsplätzen an Deutsche (Blüm-Erlaß, März 1993) und über rassistische Kategorisierungen von Immigranten (erster großer Abschiebeschritt: das Rückführabkommen mit Rumänien gegen »Zigeuner«).

– Bei der Definition von sogenannten deutschstämmigen Aussiedlern als deutsche Staatsbürger qua Blutsrecht, deren Stellung als Minderheit in anderen Nationen nicht staatsbürgerlich (rechtliche Gleichstellung der Individuen) durch internationale Garantien bestimmt wird, sondern unter Berufung auf ihre Zugehörigkeit zur jeweiligen deutschen »Volksgruppe«. Für deren Schutz ist das deutsche »Mutterland« zuständig. Nicht zufällig ist diese Aufgabe im deutschen Innenministerium angesiedelt. Zugleich wird deutsche Volkstumspolitik damit wieder Mittel der Außenpolitik (Verträge mit Polen, der CSFR, »Wolgarepublik« etc.).

– In der Definition des Selbstbestimmungsrechts als einer Aufgabe, Völker und nicht Angehörige eines Staatsgebiets zu Nationen zu machen. Die auf Zerschlagung der Zentralstaaten gerichtete deutsche Politik gegen Jugoslawien, die ehemalige CSFR und die ehemalige UdSSR wird mit Begrifflichkeiten wie »Völkergefängnis« und »widernatürliche Zwangsgebilde« in der öffentlichen Debatte begründet.

III. Die Formierung Großdeutschlands von oben findet »unten« nicht nur keine Gegenwehr, sondern Entsprechungen

– 70 Prozent der Bevölkerung halten das »Ausländerproblem« für das Problem, dessen Lösung am dringendsten anstehe; 51 Prozent unterstützen die Forderung »Deutschland den Deutschen«; 37 Prozent meinen, daß sich »Deutsche gegen Ausländer zu Recht zu wehren« haben; 32 Prozent waren vor Mölln, 20 Prozent danach für die Parole »Ausländer raus«; eine Mehrheit war, bei Schwankungen unter 50 Prozent nach Rostock und Hoyerswerda, 1991 und 1992 gegen den Aufenthalt von Immigranten in Deutschland.

– Eine große Mehrheit ist zu »Opfern« für die deutsche Einheit bereit; 70 Prozent sind für »Einfrieren« der Löhne; 53 Prozent befürworten Mehrarbeit, um die deutsche Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zu erhalten.

– Obwohl die BRD-Wirtschaft der größte Profiteur der EG ist, befürworten nur 40 Prozent die Maastrichter Verträge (Dagegen sind 34 Prozent). Hauptsorge: die Angst um die Deutsche Mark.

– 1993 hat die Befürwortung deutscher »out of area«-Militäreinsätze erstmals eine Mehrheit erreicht.

IV. Das einige Vaterland fordert soziale und ökonomische Opfer für Deutschlands Größe

Vor diesem Hintergrund erfolgt die Diskussion um die »Finanzierung der deutschen Einheit«. Sie meint: die Finanzierung der Weltmacht- und Militärpläne, die Öffnung osteuropäischer Märkte für deutsches Kapital, die Umstrukturierung (Billiglohnproduktion nach Osten) und Modernisierung der deutschen Wirtschaft auf High-Tech-Produktion für die Weltmarktkonkurrenz in der derzeitigen Konjunkturkrise.

Die Botschaft für den Bürger: »Gemeinsinn geht vor Eigennutz«. Wenn das Schmidt/Dönhoff/Reuter-»Manifest gegen die Raffgesellschaft« freiwilligen Verzicht wie in Kriegszeiten verlangt, so ist erheblich mehr an Einschnitten angesagt, als derzeit praktiziert werden. Die Solidarpakt-Maßnahmen, die Tarifkündigungen in Ostdeutschland sind Vorboten einer Entwicklung, die in Teilen den Abschied vom bundesdeutschen Sozialstaatsmodell einleitet.

In der Medienkampagne zum Thema Politikverdrossenheit und Enthüllungen über korrupte Politiker und die genußsüchtige »Toskana-Fraktion« manifestiert sich die Volksbotschaft vom Politiker als »Diener des Volkes«. Nicht von ungefähr kann Helmut Schmidt, der Prediger preußischer Sekundärtugenden, ein Revival als Medienstar feiern.

V. Die Faschisierung vollzieht sich als demokratischer Prozeß

Drei Elemente begründen meine These von der Faschisierung:

1. Eine dem kapitalistischen Produktivismus immanente Tendenz, die die Ware und das Geld vergötzt und zum einzigen Wert macht, der sich im Konsum erfüllt und den vielbeklagten Werteverlust begründet.

2. Eine dem modernen Produktionsprozeß immanente Selektion in nützlich und unnütz, die im deutschen Nationalsozialismus zum bewußten Gestaltungsprinzip der Gesellschaft gemacht wurde und in der deutschen Nachkriegsdemokratie der BRD fortleben konnte.

3. Ihre im entfesselten Großdeutschland erfolgte Freisetzung, die im rassistischen Massenkonsens der letzten Monate kulminierte. Gerade auch der Versuch, gegen das Motto »Ausländer raus« die nach Effektivitätskriterien kontigentierte Einwanderung als zivilgesellschaftliche Alternative zu verkaufen, bestätigt diese Tendenz als demokratischen Rassismus.

Demokratisch ist der Prozeß der Faschisierung deswegen, weil er kaum Widerstände in der sich »freiwillig« konstituierenden Gemeinschaft der Deutschen bei der Verfolgung der nationalen Ziele zu überwinden hat (was die gegenwärtige Situation von 1933 erheblich unterscheidet).

Opfer der Faschisierung sind/werden daher vor allem Nichtdeutsche, Ausgegrenzte und »Randgruppen« sein sowie Staaten, die der deutschen imperialistischen Tendenz der Modernisierung und Eroberung der Märkte im Wege stehen (siehe das Vorgehen gegen Jugoslawien).

VI. Das faschistische Potential sorgt für Handlungsdruck

Derzeit erscheint die demokratische Verlaufsform die wahrscheinliche für die Verwirklichung des Vierten deutschen Reiches. Zugleich aber werden in einer im Vergleich zur Zeit vor 1933 ungleich kommoderen Situation Elemente autoritärer Demokratie installiert, die in der Diskussion um »Staatsnotstand«, »Entsendegesetz« und dem Einklagen von Führungs- und Entscheidungsstärke deutlich werden. Künftige Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die Fähigkeit, den nationalen Konsens in einer großen Koalition zu organisieren, werden über die Zu(rück)nahme solcher Tendenzen entscheiden.

Sie korrespondieren mit einem Massenbewußtsein zunehmender »Verdrossenheit« über »die Politik«, das gerade in den »nationalen Fragen« Entscheidungsstärke verlangt. Die Themen der wahlpolitisch erstarkenden Rechten spiegeln sich im Programm der »Volksparteien« wieder. Rassismus, Führerwunsch, rechte Parteien- und Parlamentskritik sowie Deutschlandkult begründen in der Summe eine neue politische Qualität, die auf staatsautoritäres Durchgreifen, gesellschaftliche Hierarchie (zunächst gegen Asylbewerber, »Ausländer«, »Sozialschmarotzer«), letzlich auf eine faschistische Herrschaftsform drängt.

Ob dieses Potential anwächst, entscheidet sich je nach der Möglichkeit, die Ziele der deutschen Weltmacht erfolgreich zu realisieren.



Heiner Möller schrieb in KONKRET 9/92 über eine deutsche Propagandaaktion in Sarajevo



Selffulfilling Prophecy

- *Von Joachim Bischoff*
- **Über die Renaissance des Nationalismus und die Bedeutungslosigkeit der Linken**

Der Nato-Einsatz zur Durchsetzung des von der Uno dekretierten Flugverbots über Bosnien-Herzegowina belegt eindeutig: Die neokonservativen Regierungsparteien sind in ihrem Bemühen, für die erweiterte BRD auf internationaler Ebene eine neue Rolle durchzusetzen, ein erhebliches Stück vorangekommen. Und dennoch ist die These einseitig, mit der Vereinnahmung der Ex-DDR werde die seit langem einflußreiche Position auf dem Weltmarkt jetzt auch politisch-militärisch in eine Weltmachtrolle umgesetzt.

Die Neudefinition der internationalen Stellung der BRD hängt nicht nur von den politisch-ideologischen Zielvorstellungen des unter Führung der Neokonservativen stehenden Blocks sozialer Kräfte ab. Auch die anderen kapitalistischen Metropolen fordern – unbeschadet des fortbestehenden Konkurrenzverhältnisses – ein verstärktes Engagement der BRD in der internationalen Politik.

Wenn die bislang vorherrschende politisch-militärische Zurückhaltung aufgegeben wird, »dann nicht zugunsten des früheren Sonderweges oder gar eines neuen ›Vierten Reiches‹, sondern zwecks Teilhabe der BRD an einem neuen Typus von Imperialismus, der Gesamtinteressen der führenden kapitalistischen Mächte unter menschenrechtlich-universalistischer Ideologie verteidigt... Alle Interventionen müssen mit dem Primat der Selbstbehauptung der großen kapitalistischen Mächte kompatibel bleiben, und diese definieren ihre Ansprüche nicht nur gegenüber den von ihnen in Subalternität gehaltenen Ländern und Regionen, sondern – in der Form innerimperialistischer Widersprüche – auch im Verhältnis untereinander.« (Georg Fülberth, Eröffnungsbilanz des gesamtdeutschen Kapitalismus. Vom Spätsozialismus zur nationalen Restauration, Hamburg 1993, Seite 147)

Der Hinweis auf einen neuen Typus von Imperialismus erlaubt eine weitere Schlußfolgerung: Nicht nur die Hegemonialmacht USA, auch die anderen kapitalistischen Metropolen stecken tief in internen ökonomisch-sozialen Problemen, so daß die nationalstaatlichen Ressourcen isoliert überhaupt nicht hinreichen, dem internationalen System eine herkömmliche imperialistische Ordnung aufzudrücken. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa und die damit abgebrochene Systemkonkurrenz hat nur kurzfristig davon ablenken können, daß die ökonomischen Fundamente der kapitalistischen Hauptländer ernsthaft erschüttert sind. Selbstverständlich würden sie eine rasche Transformation der osteuropäischen Staaten in Richtung einer kapitalistischen Marktwirtschaft begrüßen; nur wenn sich die kapitalistische Warenproduktion flächendeckend durchsetzt, könnten den verschiedenen Fraktionen der nationalen Kapitale längerfristige Absatzmärkte und Einflußzonen erschlossen und mit dem Einfluß der imperialistischen Alliierten eine leidlich stabile politische Hegemonie etabliert werden. Entgegen den immer wieder betonten politischen Absichten waren die kapitalistischen Metropolen ökonomisch aber nicht in der Lage, diesen Transformationsprozeß zu befördern; jetzt sind die imperialistischen Alliierten mit der Gefahr konfrontiert, in größerem Ausmaß angelegtes Kapital abschreiben zu müssen. Zudem bedroht der gesellschaftliche Zerfall in Osteuropa mit rasch eskalierenden ethnisch-nationalistischen Konflikten und dem Verlust der politischen Kontrolle über das vorhandene Militärpotential die »neue Weltordnung«. Die Kosten-Nutzen-Rechnungen über die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die einstigen osteuropäischen Verbündeten verheißen wenig Gutes; hingegen sind die Verwertungsaussichten in der sozialistischen Marktwirtschaft Chinas vielversprechend, wenngleich die »menschenrechtlich-universalistische Ideologie« dabei hinderlich ist.

Die Ablehnung der These vom »Sonderweg« oder vom »Weg ins Vierte Reich« heißt nicht, daß die Gefahren der Renaissance des Nationalismus und des Erstarkens des rechten Populismus ignoriert werden. Aus dem gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs von rechtspopulistischen Wahrnehmungs- und Denkmustern kann aber nicht gefolgert werden, der Moral- und Werteverlust in Teilen der Bevölkerung sei Teil eines Prozesses gesellschaftlicher Faschisierung. Die Redeweise, daß sich seit 1989 eine neue soziale Bewegung »Deutschland den Deutschen« (Heiner Möller) entwickelt habe, verbleibt genauso an der fadenscheinigen Oberfläche der gesellschaftlichen Veränderungen wie die Behauptung, politische Klasse und Arbeitgeber seien »ein strategisches Bündnis mit den Neuen Sozialen Bewegungen eingegangen, das sich im Winter 1992/93 in einer antirassistischen Massenbewegung artikulierte« (Fülberth).

Der inflationäre Gebrauch des Begriffs »Faschismus« zur Kennzeichnung der aktuellen Entwicklungslinien ist ein schlagender Beleg für den rapiden Theorieverlust auf Seiten der politischen Linken. Über das relative Gewicht von Massenbewegung und der politischen Konzeption bestimmter Fraktionen des Großkapitals (Finanzkapitals) mag man lange streiten, dennoch galt bislang die These, daß der Faschismus etwas mit der »Modernisierung« der kapitalistischen Produktionsweise zu tun hatte. Um es mit Gramsci, bezogen auf die Situation in den zwanziger Jahren, zu sagen: In Europa riefen die Versuche, die fordistisch-tayloristische Betriebsweise gesellschaftlich durchzusetzen, Modernisierungsängste und damit »viele ›geistige‹ und ›moralische‹ Widerstände« breiter sozialer Schichten hervor. »In dürren Worten: Europa möchte seinen Pelz waschen, ohne naß zu werden, möchte aller Wohltaten teilhaftig werden, die der Fordismus für die Konkurrenzfähigkeit bereithält, und möchte zugleich sein Heer von Parasiten beibehalten, das, gewaltige Massen von Mehrwert verzehrend, die Grundkosten erhöht und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt schwächt. Deshalb muß die europäische Reaktion auf den Amerikanismus (Fordismus) aufmerksam studiert werden.« Die Linke in Europa hat sich diese Aufforderung nicht zu eigen gemacht. Auch als nach der Vernichtung der europäischen Faschismen und seiner japanischen Variante der Siegeszug der fordistischen Massenproduktion einsetzte, hat sich die politische Linke um die Entwicklungspotentiale und -schranken dieser gesellschaftlichen Betriebsweise wenig gekümmert.



Demontierte Lenin-Statue, Lettland, 28.8.91

Foto: Hernandez/Sipa

In den kapitalistischen Metropolen steht jetzt erneut die Durchsetzung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise an, was gleichfalls viele Modernisierungsängste und soziale Widerstände freisetzt. Es ist gewiß unzureichend, irgendwelche Formen sozialer Verelendung für die Renaissance des deutschen Rassismus verantwortlich zu machen; aber es muß daran festgehalten werden, daß der ökonomische und gesellschaftliche Strukturwandel neben den konjunkturell-krisenhaften Entwicklungen mit zunehmender Massenarbeitslosigkeit und den massiven ökonomisch-sozialen Folgeproblemen der Vereinnahmung der DDR für äußerst brisanten politisch-sozialen Konfliktstoff sorgt. Die neokonservative Austeritätspolitik (Deregulierung, Privatisierung) ist sowenig eine bloße Reaktion auf den ökonomisch mißglückten Anschluß der DDR wie die Krise des Wohlfahrtsstaates auf die Bundesrepublik beschränkt ist. Auch in Schweden ist die rechtspopulistische Partei »Neue Demokratie« in die entscheidende Funktion zwischen den großen gesellschaftlichen Kräften aufgerückt, zwischen den sozialen Block der konservativen bürgerlichen Parteien und das Lager der Sozialdemokratie. Das Ende des sozialdemokratischen Zeitalters hängt mit den politisch-programmatischen Defiziten zusammen, auf die Widersprüche im Wohlfahrtsstaat, die nachlassende Steuerungsfähigkeit traditioneller globaler Nachfragepolitik und einen eher in die »tertiäre Krise« mündenden gesellschaftlichen Strukturwandel zu reagieren. Die Antwort der Neokonservativen, durch eine rasche Revitalisierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse eine Rückkehr der vertrauten Prosperitätskonstellation sicherzustellen, ist gründlich gescheitert. Statt dessen führt die rasche Verschärfung der sozialen Konflikte zu zusätzlichen Belastungen des ökonomischen Strukturwandels: Mit der Beschneidung der Massenkaufkraft infolge von Reallohnkürzungen und Sozialdemontage wird der Massenproduktion gerade jene Stabilisierung entzogen, die dem Fordismus überhaupt erst seine beispiellose historische Karriere ermöglichte.

Die politische Linke der Bundesrepublik führt vorschnell die gravierenden Veränderungen im politischen Raum (Legitimitätsverlust der Institutionen und Parteien, Renaissance des Nationalismus, Rechtspopulismus) auf die Vereinnahmung der ehemaligen DDR zurück. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in Osteuropa und der damit ermöglichte Anschluß sind aber lediglich Zusatzfaktoren in einer ökonomisch-sozialen Umbruchsituation, die alle kapitalistischen Metropolen erfaßt hat. Die politische Linke, inklusive Gewerkschaften und Sozialdemokratie, wird in den sich künftig noch verschärfenden Verteilungskonflikten und politisch-ideologischen Auseinandersetzungen überhaupt nur dann eine Rolle spielen, wenn sie sich selbst der Umbruchsituation der fordistischen Produktionsweise und dem durch sie geprägten Zeitalter stellt. Sehr schnell werden die altbekannten fundamentalistischen Rezepte angepriesen: Abschaffung von Ware-Geld-Beziehungen, kleine Netze, unmittelbare Produzentendemokratie, Verzicht auf gesellschaftliche Organisation von Arbeitsproduktivität etc. – was letztlich nur darauf hinausläuft, es erneut mit der staatssozialistischen Konzeption zu versuchen (die gesamte Gesellschaft wird nach dem Muster der Fabrik organisiert). Selbst bei noch wachsenden Konflikten dürften diese Rezepte auf wenig gesellschaftliche Resonanz treffen. Sie taugen – gleichsam als selffulfilling prophecy – allein dazu, es bei der politischen Bedeutungslosigkeit der Linken zu belassen.

Joachim Bischoff ist Redakteur der Zeitschrift »Sozialismus«

Was nicht tun?

Von Klaus Schönberger und Claus Köstler

Antisemitismen – Thesen für eine antirassistische und antinationalistische Theorie und Praxis

Die Debatte um den »linken Antisemitismus« unter mehr oder weniger radikalen Linken war und ist ziemlich daneben. Sie ist aber ein charakteristisches Spiegelbild des desolaten Zustandes der bundesrepublikanischen Linken und führt anschaulich vor, was passiert, wenn Sektierer aufeinander losgelassen werden. Aus Autonomen werden Autisten und schlechthin abstrakt-idealistische Kritik materialisiert sich in KONKRET.

1.
Auch wenn der Vorwurf eines »linken Antisemitismus« Auschwitz für ganz andere Zwecke zu instrumentalisieren vermag, mitunter kritische Vernunft in Obskurantismus umschlagen läßt und der völligen Verselbständigung des Antisemitismusbegriffs Bahn bricht, ist die Auseinandersetzung hierüber nicht belanglos; sie bezeichnet ein generelles Problem der Linken: die Schaffung bzw. die Aufrechterhaltung linker politischer Praxis unter dem »Diktat« des hegemonialen reaktionären Diskurses.

2.
Der emanzipatorische Anspruch (nämlich die Menschwerdung aller Individuen) stellt eine Maxime dar, an der sich linke Theorie wie Praxis ständig messen lassen muß. Die hegemoniale Kultur und die herrschenden Verhältnisse sind jedoch in das Denken und Handeln aller Subjekte eingewoben. Eine jede linke Praxis hat zu berücksichtigen, daß sie von den politischen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen geprägt ist, die sie theoretisch wie praktisch aufzuheben gedenkt.

3.
Über den Zusammenbruch des »realexistierenden Sozialismus« rückten ebenso die konkreten Utopien jener undogmatischen Linken in die Ferne, die ihr Linkssein in Abgrenzung zu den Gesellschaften sowjetischen Typs begründeten. Die Marginalisierung von radikal-linker Praxis, der Verlust der Ausstrahlungskraft linker Utopien in den bürgerlich-liberalen Öffentlichkeiten verschlechterte zugleich die Möglichkeiten, die vom Anspruch her emanzipatorische Kritik von reaktionärer Ideologie unterscheidbar zu machen. Dies verdeutlichte insbesondere der zweite Golfkrieg. Wer dem nicht Rechnung trägt, läuft ständig Gefahr, gegenüber rechtspopulistischen und antisemitischen Ideologien indifferent zu sein. Somit werden wohlgemeinte Äußerungen alsbald kontraproduktiv gegenüber den eigenen emanzipatorischen Zielen funktionalisiert.

4.
Die Antisemitismus-Vorwürfe an die Linke sind nicht neu. Seit Ende der 60er Jahre haben sie in innerlinken Diskussionen ihren Platz und vermögen stets von neuem die beteiligten Gemüter zu erhitzen. Mit dem Beginn des zweiten Golfkrieges und der behaupteten existentiellen Gefahr für den Staat Israel wurde der Vorwurf vor einer breiteren Öffentlichkeit kriegslegitimierend gegen antimilitaristische Positionen inszeniert. Der Vorwurf des linken (und friedensbewegten) Antisemitismus hat nicht unwesentlich zur diskursiven Niederlage und zum Zusammenbruch der Bewegung gegen den Krieg am Golf beigetragen.

5.
Der Antisemitismus-Vorwurf diente in diesem Zusammenhang zu zweierlei. Einmal als Vorwand, um sich endgültig aus der Linken zu verabschieden, zum anderen, um sich selbst als ihre »letzten Mohikaner« zu stilisieren. Jedoch sind an der ideologischen Niederlage während des Golfkrieges nicht nur diejenigen schuld, die den Antisemitismus-Vorwurf erhoben und zugespitzt haben, sondern es tragen auch diejenigen Verantwortung, die zuvor ihren Anteil daran hatten, den Vorwurf überhaupt instrumentalisierend wirksam werden zu lassen. Von daher ist es auch müßig, über »Verrat« zu klagen. Um künftig besser gegen Indifferenzen und dadurch leicht gemachte Instrumentalisierungen gewappnet zu sein, gilt es vielmehr diejenigen theoretischen Denkmuster und politischen Praxen ins Visier zu nehmen, die insbesondere dem Kriegstreiber-Diskurs die Tür geöffnet haben. Wer also die Rekonstruktion des politischen Projekts einer autonomen und radikalen Linken verfolgt und vorantreiben möchte, muß sich in diesem Streit mit beiden Seiten anlegen.

6.
Da in der Bundesrepublik tendenziell ein antisemitischer Ton im hegemonialen Diskurs mitschwingt, hat die Linke stets zu berücksichtigen, daß dieser in der Lage ist, jede Äußerung, die sich implizit wie explizit auf nationale Kategorien bezieht, wirkungsvoll in die ihm passende Tonart zu transponieren. Wenn hierzulande Linke sich vor den bürgerlichen Misthaufen stellen, um »Solidarität mit Palästina« aus dem Opus »Selbstbestimmungsrecht der Völker« zu dirigieren, so kräht die bundesdeutsche Bourgeoisie ihre eigene Ouvertüre »Die Juden sind auch nicht besser als wir«, um alsbald auf ihrem rechten Flügel, den in seinen nationalen Gefühlen noch gehemmten Chor entlastend, fortissimo zu »Die Juden sind die Nazis von heute« überzuleiten. Betäubt von der phonstarken Resonanz hat manch linker Antizionist die Übersicht verloren und die Stimme zur Darbietung seiner eigenen Transposition »Die Palästinenser sind die Juden von heute« gewonnen; er kann nur noch im antisemitischen Morast rhythmisch zum Takt des vorgegebenen Themas stampfen. Denn, mit Henryk M. Broders Worten, es gibt heute einen Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz (»Das werden die Deutschen den Juden nie verzeihen«). Daher ist für Linke zunehmend nicht das Gemeinte, sondern die Wirkung des Gesagten maßgebend. Eine Kritik der rassistischen Politik Israels gegenüber den Palästinensern ist also vor den Mustern des herrschenden Diskurses zu bewerten. Lassen sich linke Positionen nicht hinreichend von diesem abgrenzen, so erliegen sie der Indifferenz zu reaktionären Ideologien; in obigen Falle sind sie geeignet, (sekundären) Antisemitismus in seiner Wirkung zu verlängern.

7.
Fixiert auf einen starren funktionalen Begriff vom Faschismus in leninistisch-dimitroffschem Gewand hatte die Linke vielerorts die massenphänomenologischen Aspekte des Nazi-Faschismus und damit den Antisemitismus aus den Augen verloren. Im Vordergrund stand der Versuch, die gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse unter Bezugnahme auf die Geschichte (Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft) zu diskreditieren. Ein solcher, unter Linken üblicher Faschismusbegriff hatte einschneidende Folgen, da ihm zufolge Antisemitismus ein vernachlässigbares Überbauphänomen darstellte. Das war die Voraussetzung für jene Indifferenz gegenüber Antisemitismus, die der Antikriegsbewegung im Golfkrieg schließlich so zusetzen konnte.

8.
Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erlebt die die massenphänomenologische Aspekte betonende Version insbesondere in der Behauptung vom »IV. Reich« ihr Coming out. Sie beruht insbesondere auf der Annahme des historischen »Sonderwegs der Deutschen«, der über die faktische Feststellung (Singularität Auschwitz) hinaus angeblich erklären soll, warum das unfaßbare Verbrechen der Shoah vom deutschen Nationalstaat begangen wurde. Am Ende wissen wir nur, daß die Anhänger der antideutschen Orientierung »die Deutschen« aus bestimmten Gründen nicht mögen und insbesondere Auschwitz ihrem Nationalcharakter zuschreiben, um ihnen auch heute noch alles mögliche zuzutrauen. Vielleicht ist ihnen auch ein weiteres Auschwitz zuzutrauen. Doch ist es eben die Frage, ob sich das tatsächlich auf die Kategorie des Doitsch-Seins reduzieren läßt. Denn »die Zurechnung des geschichtlich-gesellschaftlichen Geschehens zu nationalen Charakteren verschleiert nicht nur die Bedeutung von Auschwitz, sondern auch den Charakter des vorausgegangenen Antisemitismus« (Detlev Claussen).

9.
Beide Argumentationsmuster, der funktionale Faschismusbegriff wie die Behauptung vom »IV. Reich«, bedienen sich des historischen Nazi-Faschismus hauptsächlich derart, daß sie ihn als Folie für die Kritik der derzeitigen Zustände benützen. Und wo letztere sich aufgrund des Wandels der Gesellschaft dagegen sperren, ist das Bild der Verhältnisse schnell nach Belieben entworfen. Auf diese Weise werden explizit wie implizit sowohl die gegenwärtigen wie die historischen rassistischen und nationalistischen Verhältnisse dämonisiert bzw. verharmlost.

10.
In der Fixierung auf das »IV. Reich« entfaltete die »Nie-wieder-Deutschland«-Fraktion einen Negativen Nationalismus, der schwerlich in der Lage ist, zwischen den verschiedenen Formen und Inhalten von Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus zu unterscheiden. Negativer Nationalismus mag zu Beschimpfungen taugen, wird aber zumeist in Ermangelung tragfähigerer linker Konzepte als Analyse mißverstanden. Ohne die Diskursstrategien gleichsetzen zu wollen, ist es doch auffällig, wie ähnlich Negativer und Völkischer Nationalismus in bezug auf das Doitsch-Sein, nur unter verschiedenen Vorzeichen, aufmarschieren. Dabei geht die linke Version fatalerweise den von ihr kritisierten völkischen Kategorien auf den Leim und trägt ihr Scherflein dazu bei, die in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik existierenden Widersprüche und Brüche zu historischen Kontinuitäten zusammenzu-

schweißen. Sie hilft im ideologischen Diskurs, die deutsche Nation ein weiteres Mal – im besten Falle ungewollt – zu beschwören und damit erneut zu erfinden. Somit kann sie »nur die affektive Gegenseite des herrschenden Nationalismus« darstellen (Redaktion »diskus«) – und das ist nicht gerade antinational.

11.

Denn »keineswegs ist der totalitäre Antisemitismus ein spezifisch deutsches Phänomen. Versuche, ihn aus einer so fragwürdigen Entität wie dem Nationalcharakter, dem armseligen Abhub dessen, was einmal Volksgeist hieß, abzuleiten, verharmlosen das zu begreifende Unbegreifliche. Das wissenschaftliche Bewußtsein darf sich nicht damit bescheiden, das Rätsel der antisemitischen Irrationalität auf eine selber irrationale Formel zu bringen. Sondern das Rätsel verlangt nach seiner gesellschaftlichen Auflösung, und die ist in der Sphäre nationaler Besonderheiten unmöglich« (Horkheimer/Adorno).

12.

Die Geschichte des deutschen Nationalstaats hat in Auschwitz vorgeführt, was Nationalismus (und Rassismus) in zugespitzter Form bedeuten und hervorbringen können. Es gibt aber selbst angesichts domestizierter Formen von Nationalismus – gerade hierzulande – überhaupt keinen Grund, sich im Rahmen einer Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in irgendeiner Weise positiv oder gar konstruktiv zu dergleichen zu verhalten. Es läßt sich zwar über die negative Beschwörung des Nationalen moralisch auf die richtige Seite wechseln, doch ist dieses Verfahren in seiner Ausschließlichkeit nicht geeignet, eine aktuelle Strategie gegen Rassismus und Nationalismus zu begründen.

13.

Angesichts der Gefahren von Indifferenz gegenüber reaktionären, populistischen und mitunter auch rassistischen Ideologien sowie den Fallstricken eines Negativen Nationalismus erscheint es uns zunächst sinnvoll, nicht »Was tun?« zu fragen, sondern opportun zu überlegen: »Was nicht tun?«

Klaus Schönberger und Claus Köstler sind Autoren des Buchs »Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus«

Zu deutsch

Aktualisiertes Interview der Heidelberger Stadtzeitung »Brennpunkte« mit Jürgen Elsässer nach Erscheinen seines Buches »Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland«

Frage: *In deinem Buch schreibst du: »Wie das kapitalistische System strukturell antisemitisch ist, so ist es das antikapitalistische Ressentiment potentiell.« Kannst du das ausführen?*

Elsässer: Ich halte Antisemitismus für einen generellen Ausdruck des Kapitalismus, genauer: einer Warengesellschaft. Ich stütze mich dabei auf Theorie-Elemente, wie sie Adorno und Horkheimer entwickelt haben und wie sie dann der Amerikaner Moishe Postone ausgeführt hat; Adorno und Horkheimer haben in Anlehnung an Marx die Schwierigkeiten beim Durchschauen des Ausbeutungsprozesses folgendermaßen beschrieben: »Der Fabrikant hat seine Schuldner, die Arbeiter, in der Fabrik unter den Augen und kontrolliert ihre Gegenleistung, ehe er noch das Geld vorstreckt. Was in Wirklichkeit vorging, bekommen sie erst zu spüren, wenn sie sehen, was sie dafür kaufen können. Der Kaufmann präsentiert ihnen den Wechsel, den sie dem Fabrikanten unterschrieben haben. Jener ist der Gerichtsvollzieher für das ganze System und nimmt das Odium für die anderen auf sich. Verantwortlichkeit der Zirkulationssphäre für die Ausbeutung ist gesellschaftlich notwendiger Schein« (Dialektik der Aufklärung, Frankfurt 1969).

Dieser gesellschaftlich notwendig falsche Schein lenkt die Wut der Opfer des Systems »naturwüchsig« auf die Zirkulationssphäre. Und dieses antikapitalistische Ressentiment biologisiert sich dann in den Juden. Warum in den Juden? Sie waren jahrhundertelang in der Zirkulationssphäre »eingesperrt«, wie Adorno/Horkheimer sagen, weil sie die entsprechenden Berufe ausgeübt haben. Das ist ganz grob der Prozeß, der da abläuft und der dafür verantwortlich ist, daß der Kapitalismus strukturell immer Antisemitismus hervorbringt. Und dieser Antisemismus tritt eben auch bei denen auf, die Opfer dieses Systems sind. Niemand muß sie dabei zum antisemitischen Denken manipulieren oder indoktrinieren.

Der Antisemitismus ist also im Kapitalismus ein notwendig falsches Bewußtsein, das die erlittenen Verletzungen nicht dort sucht, wo sie eigentlich entstanden sind – nämlich in der Produktion –, sondern in der Zirkulationssphäre. Zur Bekämpfung des Antisemitismus müßten also auch und gerade von linken Strömungen Analyse und Kritik der Produktionsverhältnisse verstärkt werden, anstatt über Erscheinungen aus der Zirkulationssphäre zu lamentieren?

Genau. Die linke Politik hat es leider nie verstanden, der Marxschen Analyse des Kapitals zu folgen und wirklich die Fabrik, die mehrwertschaffende Arbeit und den Doppelcharakter der Ware ins Zentrum ihrer Kritik an den Verhältnissen zu stellen. Man ist den bequemeren Weg gegangen und hat am sogenannten »Alltagsbewußtsein« der Leute angeknüpft, also am notwendig falschen Bewußtsein, wie Adorno und Horkheimer sagen. Es schimpft sich eben einfacher z. B. auf die hohen Preise, die Wucherer, die Spekulanten usw.

Dieser verkürzte Kapitalismusbegriff führt zu einem verkürzten, deformierten Antikapitalismus, oder, wie es in der Eingangsfrage genauer hieß, zu einem antikapitalistischen Ressentiment, das keinen emanzipatorischen Inhalt hat. Davon gibt es zwei Versionen: In seiner harmlosen Version führt der verkürzte Kapitalismusbegriff zum Staatskapitalismus, der sich dann auch gern Staatssozialismus nennt. Im Grunde waren die kapitalistischen Prämissen, nach denen produziert wird – z. B. abstrakte Arbeitszeit als Wertmaßstab, Kapitalakkumulation – beibehalten worden, nur das Kommando führte eben nicht die private Wirtschaft, sonderen der Staat als Haupteigner. Die harte, die brutale Version eines verkürzten Antikapitalismus wechselt nicht die schmale Schicht der Finanzoligarchie durch den Staat aus, sondern diese Schicht wird biologisiert in den jüdischen Familien, im »ewigen Juden«.

Die besinnungslose Wut, die aus dem Kapitalverhältnis entsteht, richtet sich gegen die Juden. Für die Linken ist natürlich die Versuchung groß, zu sagen: Im Kern handelt es sich doch um antikapitalistische Bewegungen, die formulieren zwar sehr grobschlächtig und auch falsch, aber sie sind dennoch antikapitalistisch, gehen wir doch ein Bündnis mit ihnen ein. An dieser Stelle müßte ein Neuansatz der Linken davor warnen, sich mit diesen verkürzt antikapitalistischen Strömungen einzulassen. Meines Erachtens drängt dieser deformierte Antikapitalismus, der ja eng mit dem Antisemitismus zusammenhängt, ganz massiv aus Osteuropa rüber. In Osteuropa gibt es die Bündnisse schon zwischen sogenannten Kommunisten und den Antisemiten – vor allem in Rußland. Beide Versionen des deformierten Antikapitalismus, die realsozialistische und die faschistische, verbinden sich im Kampf gegen das, was sie für Kapitalismus halten; den Westen, den Liberalismus, die Juden.

Du schreibst in deinem Buch, der linke Umgang mit dem Antisemitismus darf nicht denunziert werden, sondern muß kritisiert werden. Was heißt das konkret?

Was man der Linken vorwerfen muß, ist, daß sie den Türöffner für den Antisemitismus gespielt hat. Bis zur Wiedervereinigung gab es in der BRD trotz eines recht hohen Sockels an Antisemitismus den Konsens der politischen Klasse, diesen aus außenpolitischen Gründen nicht virulent werden zu lassen. In dieser Zeit war die Linke die einzige politische Kraft – neben der NPD –, die eine sehr schroffe Kritik an der israelischen Politik übte, die auch sehr gut von Nazis verwendet werden konnte. Es gab im Häuserkampf Plakate, wo der dargestellte Spekulant eindeutig mit einem Juden assoziiert wurde. Es gab in Frankfurt eine antisemitische Inzenierung des Theaterstücks von Fassbinder »Der Müll, die Stadt und der Tod«. Es



Aufgehängte Ceaucescu-Statue in Copsa-Nica Foto: Black Star/Fotoarchiv

wurde also seitens der Linken relativ bedenkenlos kokettiert mit dem Antisemitismus, um in der Bevölkerung anzukommen. Man muß daher den Antisemitismus in der Linken scharf kritisieren, man soll aber die Linke nicht denunzieren. Zu sagen, der Antisemitismus ist genuin ein Phänomen der Linken, hat einzig die Beerdigung der Linken zum Ziel. Die scharfe Kritik an den Linken, wie ich sie formuliere, hat nicht ihre Beerdigung zum Ziel, sondern ihre Rekonstruktion. Individuen und Gruppen werden nicht deswegen antisemitisch, weil sie mit der Gesellschaft gebrochen haben – was man als Umschreibung des Begriffs »links« nehmen könnte –, sondern umgekehrt: Die Linke tendiert unter der Voraussetzung zum Antisemitismus, daß sie zu wenig mit der Gesellschaft gebrochen hat. Pointiert: Die Linke war nicht zu radikal, sondern zu deutsch. Die Linke ist insofern antisemitisch, als sie sich nie von der deutschen Nation distanziert hat.

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 1/93 über den Aufmarsch der Faschisten in Ungarn

Ohne Alternative

Von Micha Brumlik

Nach dem Ende der Systemkonkurrenz stehen die demokratisch verfaßten Staaten des Westens vor der Aufgabe, eine gleichsam neokolonialistische Außenpolitik zu entwickeln und durchzusetzen

Der Kalte Krieg ist vorbei, und mehr und mehr Staaten der Dritten Welt befinden sich nun, ohne das Regulativ der zweigeteilten Welt, in der Offenheit einer Situation, die ihnen die Nutzung ihrer von West und Ost gelieferten Militärtechnik im Prinzip freistellt. Mehr noch: Trotz eines Sperrvertrages können eine Reihe von Drittweltstaaten im Hinblick auf eine nukleare Bewaffnung mit Sicherheit als Schwellenländer gelten.

Der wahrscheinlichen Ausbreitung atomarer Bewaffnung entspricht nach dem Ende des Kalten Krieges die Gefahr umfangreicher Grenzrevisionen, die minder riskant erscheinen als zuvor. Diese Tendenz zur Grenzrevision in Verbindung mit der wachsenden Verbreitung nuklearer Waffen und einer Stagnation demokratischer Reformen in der Dritten und Vierten Welt lassen als »worst case« eine Weltlage hervortreten, die durch eine starke Zunahme inner- und zwischenstaatlicher Kriege gekennzeichnet wäre, gleichsam durch einen frühbürgerlichen Zustand der Staatenwelt des Südens und des Ostens, der sich in dem einen oder anderen Fall auch *direkt* gegen die Interessen des industrialisierten Nordens richten könnte.

Auch dann, wenn Libyen oder Algerien lediglich aus »innerafrikanischen« oder »innerarabischen« Gründen oder aufgrund einer gegen Israel gerichteten Politik nukleare Waffen oder Scud-Mittelstreckenraketen besitzen sollten, könnte die Nachtruhe in Südfrankreich oder Sizilien erheblich beeinträchtigt sein. Ob gut gemeint, ob schuldhaft verursacht, ob gerechte Strafe oder unvermeidliche strukturelle Reaktion, der »Westen« und der »Norden« sehen sich Gefahren gegenüber, die sie selbst, aber auch andere bedrohen und denen lang- und mittelfristig nur durch eine Veränderung der ungerechten »terms of trade«, eine ökonomische Gesundung der armen Gesellschaften, die Schaffung von Alters- und Sozialversicherungssystemen, durch gemeinsame Bündnisse zur regionalen, kooperativen Sicherheit, einschneidende Abrüstungsmaßnahmen und eine qualitativ verbesserte »Entwicklungshilfe« begegnet werden kann.

Im übrigen scheint das immer wieder beklagte Elend des Südens, wie der neue Bericht des Uno-Entwicklungsprogramms zeigt, nicht nur in zu geringen finanziellen Aufwendungen des Nordens seine primäre Ursache zu haben. Der entscheidende Faktor ist vielmehr die durch steigende Militärausgaben, ineffektive Staatsunternehmen, teure Prestigeobjekte, wachsende Kapitalflucht und umfangreiche Korruption verursachte Ressourcenverschwendung. Diese Analyse stammt wohlgemerkt *nicht* aus Kreisen der Weltbank, sondern aus der Werkstatt führender Wirtschaftsexperten aus aller Welt unter Federführung eines ehemaligen pakistanischen Finanzministers. An diesen großenteils hausgemachten Übeln geht die Imperialismus- und Dependenciatheorie vorbei, obwohl oder gerade weil das Programm eines umfangreichen Schuldenerlasses inzwischen auch innerhalb der Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft als ernsthafte Option erörtert wird.

Das »politische« Problem, das sich gerade in bezug auf derlei Reformwege stellt, besteht einmal mehr in dem Mißverhältnis von steigendem Problemdruck und immer knapper werdender Zeit. Die Sanierung der Ökonomie, die Entstehung einer zivilen Alltagskultur, die parlamentarische Herrschaftsformen ermöglicht, ein Abflachen des Bevölkerungswachstums, die Lösung strittiger Territorialfragen, ökologisch begründete Änderungen im ökonomischen Wachstum, Landreform, das Stillstehen von Verteilungskonflikten – all das sind Aufgaben, die aller Wahrscheinlichkeit nach, auch unter den günstigsten Umständen, Jahrzehnte in Anspruch nehmen werden. Zu meinen oder zu hoffen, daß derlei Transformationsprozesse ohne Reibungen, Unfälle oder Rückschritte möglich seien, ist ebenso illusorisch wie die Auffassung, daß eine Mischung von ökonomischer Hilfe und Kontrolle im Sinne der Weltbank, verbunden mit uneingeschränkten Interventionsverboten, solchen Lösungen zuarbeitet.

Tatsächlich hat sich gezeigt, daß der unter Rückgriff auf Soziologie oder Marxismus immer wieder behauptete Vorrang der Ökonomie gerade unter soziologischen und ökonomischen Gesichtspunkten falsch war. Offenkundig ist nämlich, daß die politische und ökonomische Leistungsfähigkeit von Demokratien, sei es bei der Herausbildung einer Marktwirtschaft oder bei der Realisierung von Systemen sozialer Sicherung, sei es bei der Verhütung zwischenstaatlicher Kriege und nicht zuletzt bei der Übernahme ökologischer Verantwortung (um erst gar nicht über Menschenrechte zu schreiben), signifikant höher ist als die entsprechende Kapazität aller Arten von Diktaturen. Aus dieser Einsicht, die freilich erst nach dem Ende des Kalten Krieges fruchtbar werden konnte, folgt schlüssig die Idee einer neuen Weltordnung, die zunächst nichts anderes beschreibt als die Koexistenz ökonomisch unauflöslich miteinander verflochtener, souveräner Staaten mit demokratisch-parlamentarischer Herrschaftsform, einem garantierten Rechtsstaat und sozialstaatlicher Abfederung.

Die Tatsache, daß Hungerkatastrophen in Diktaturen häufiger vorkommen als in Demokratien, auch und gerade in der Dritten Welt, daß parlamentarische Demokratien strukturell weniger angriffsfähig sind als Diktaturen und daß ökologische Verwüstungen mit höherer Wahrscheinlichkeit von nichtkontrollierten Planungsbürokratien angerichtet werden als von Bürokratien, die in dem Beziehungsgeflecht von parlamentarischen Parteien, von aufeinander angewiesenen, zum Teil autonomen Gebietskörperschaften und einer mehr oder minder unabhängigen Rechtssprechung agieren, erweist die relative Vorteilhaftigkeit demokratischer Verfassungen und Herrschaftssysteme. Ohne jede Selbstgerechtigkeit bleibt festzustellen, daß die keineswegs absolute, aber doch in vieler Hinsicht höhere Leistungsfähigkeit dieses Herrschaftssystems unter der Konstellation wachsenden Problemdrucks und somit knapper werdender Zeit tatsächlich einen entscheidenden Unterschied ausmacht. Die Versuche etwa der USA, neu entstehenden Staaten bzw. neu beginnenden Gesellschaften, z.B. in Eritrea und Äthiopien, auch in Angola, gleichsam neokolonialistisch Auflagen zu machen, sind daher ohne Alternative. Es ist freilich eine Ironie, daß auch diese Politik, wie könnte es anders sein, nicht konsequent verfolgt wird: Dem Menschenrechte verletzenden China sollte nicht aus Motiven der Machtbalance zugestanden werden, was Äthiopien, Eritrea und Angola bei Strafe untersagt wird.

Hier wird der schon beim 2. Golfkrieg und beim Kurdenproblem zu bemerkende Widerstreit zwischen dem alten Denken in Kategorien der Machtbalance souveräner Staaten und der Konzeption einer Weltinnenpolitik deutlich, die entschlossen und vorsichtig die Grenzen nationaler Souveränität überschreitet und damit unvermeidlich in den Ruch des Neokolonialismus gerät. Nimmt man jene Instrumente ernst, die in einem Prozeß, der realistischerweise Jahrzehnte dauern muß, zu einer neuen Weltordnung führen könnte, so hat dies erhebliche Konsequenzen für konventionelle Gefühle nationalen Stolzes, zumal in der Dritten Welt, läßt sich doch auf den ersten Blick tatsächlich nicht ersehen, mit welchem Recht der Norden anderen Gesellschaften Vorschriften machen darf. Schließlich war er vor nicht allzulanger Zeit in zwei Weltkriege, den Holocaust, in Faschismus und Bürgerkrieg, totalitären Kommunismus und nicht zuletzt unvorstellbar grausame Kolonialkriege verwickelt. Aber bei *allem* Verständnis für diesen Affekt und selbst auf die Gefahr hin, selbstgerecht zu wirken, steht doch eines fest: Wenn die militärischen und sozialen Strukturen in den Ländern der Dritten Welt in einem Zeitalter, in dem der Erwerb von Massenvernichtungsmitteln immer leichter und Ökoterrorismus, wie von Saddam Hussein bewiesen, immer wirkungsvoller wird, keine Veränderung zum Besseren erfahren oder sich gar wieder zum Schlechteren, d.h. Diktatorischen, wenden, wenn zudem in Ost- und Mitteleuropa unter dem aufgelaufenen Problemstau mehrerer Jahrzehnte populistische Sezession und diktatorischer Nationalismus drohen, dann bleibt wenig anderes übrig als eine dirigistische Außenpolitik. Sie muß das militärische Potential derartiger Länder einschränken, sie in kollektive Sicherheitssysteme einbinden und – als letztes Mittel – durch die Bereitstellung militärischen Drohpotentials deutlich machen, daß militärische Konfliktlösungen nicht mehr hingenommen werden.

(gekürzt aus: Micha Brumlik, Weltrisiko Naher Osten, Hamburg 1991, S. 74-78)

Micha Brumlik ist Professor für Erziehungswissenschaften an der Universität Heidelberg

Arm dran, Bein ab

Von Hermann L. Gremliza

Der Süden erfährt nun, wie sehr er von der Existenz der sozialistischen Staaten profitiert hat, und die deutsche Linke stellt fest, daß es schön ist, auf der Welt zu sein – der Ersten, im Norden

3,2 Millionen Kinder sterben jährlich an Durchfallerkrankungen; Hunderte Millionen sind durch Parasitenbefall geschwächt, müssen verpestete Luft atmen und verseuchtes Wasser trinken. Über zwei Milliarden – mehr als vierzig Prozent der Weltbevölkerung – haben nicht genug zu essen oder zu trinken und leben in unsicheren Behausungen ohne vernünftige sanitäre Anlagen. Und 1,6 Milliarden Menschen haben noch nicht einmal die Möglichkeit, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen.

Die »Zeit« nennt die Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) eine »Bilanz des Schreckens«. Diese wird angeführt von den Staaten Afrikas, Süd- und Südostasiens (noch mit Ausnahme Chinas) und Lateinamerikas (noch mit Ausnahme Cubas); sie addiert nicht die grauenhaften Hinterlassenschaften der gescheiterten kommunistischen Kommandowirtschaft, von denen uns jeder Portokassenschwengel singt, sondern die authentischen Ergebnisse der Freiheit und ihres Weltmarkts. Spätestens bei der Vorlage des nächsten WHO-Berichts mit seinen Steigerungsraten wird die diesjährige »Statistik des Elends« (»Zeit«) als das erscheinen, was sie schon heute ist: ein Dokument der guten alten Zeit.

»Das Milieu hat rasch begriffen, daß Schluß mit lustig ist«

Daß im nächsten Bericht auch die Bewohner Osteuropas bis Mittelasiens dem Elend zuzuzählen sein werden, haben inzwischen sogar die Herren Walesa und Landsbergis verstanden; Mitte März konnte ein lettischer Arbeiter seinen gesamten Monatslohn gegen 16 Deutsche Mark eintauschen – die Woche zuvor waren es noch 18 Mark. Aber nicht von diesem neuesten Reich der Freiheit soll die Rede sein (und zwar schon deshalb nicht, weil allein die unkommentierte Wiedergabe der entsprechenden Daten sich an dieser Stelle bloß noch als penetrante Rechthaberei liest, und der monatliche Beleg, es besser gewußt zu haben als die Ostexperten der »FAZ« oder der »TAZ«, die Hühnerfutter-Semler und ihre Söhne, auch was Peinliches hat), sondern von der Zukunft jenes südlichen Reichs der Freiheit, dessen Gegenwart die Weltgesundheitsorganisation schildert, und des nordwestlichen, das die »Bilanz des Schreckens« so frisiert: »*Wenn die Menschen bis auf den Mond fliegen können, warum können sie dann nichts dagegen tun, daß so viele Kinder auf der Welt sterben müssen?« Die Menschen können. Auch Sie können etwas tun. Wenn Sie Unicef unterstützen...*

Der Süden, einschließlich jener Regionen, die schon vor Jahren vom Kommunismus befreit worden sind, darf nun erfahren, wie sehr er bis zuletzt von der Existenz der sozialistischen Staaten profitiert hat, und zwar weniger durch direkte wirtschaftliche Hilfe aus dem Osten als durch Rücksichten, die der Westen zwecks Verbesserung oder Sicherung seiner strategischen Position mancherorts glaubte nehmen zu sollen; so kamen einige Staaten der Dritten Welt oder wenigstens deren herrschende Cliquen zu ein paar Extra-Dollars, die auf dem Weltmarkt nicht zu verdienen gewesen wären.

Die Rücksichten sind doppelt hinfällig geworden: Eine Konkurrenz, der sich diese Staaten anbieten könnten, gibt es nicht mehr, und die Chancen auf revolutionäre Befreiung von der Herrschaft des internationalen Kapitals tendieren, seit die Eliten Westeuropas und Nordamerikas unwidersprochen ihre Freiheit proklamieren konnten, ihnen feindliche Regimes des Südens durch »Entwaffnungsfeldzüge« abzuräumen, gegen Null. Absichten, die man sich vordem aus Andeutungen von Unterstaatssekretären des Pentagon oder Redakteuren des »Bayernkurier« zusammenreimen mußte, gehören heute zum aufgeklärten Diskurs: Zur »Neuen Weltordnung«, getragen von einer Koexistenz »souveräner Staaten mit demokratisch-parlamentarischer Herrschaftsform, einem garantierten Rechtsstaat und sozialstaatlicher Abfederung«, gehöre eine von diesen Staaten organisierte gemeinsame Außenpolitik, die dem Rest der Welt den Weg weise, wenn es sein müsse, auch mit dem Zaunpfahl: »Die Versuche etwa der USA, neu entstehenden Staaten bzw. neu beginnenden Gesellschaften z.B. in Eritrea und Äthiopien, auch in Angola, gleichsam neokolonialistische Auflagen zu machen, sind daher ohne Alternative«, schreibt der Professor Micha Brumlik, bis zum Golfkrieg Mitglied der Grünen.

Solche Schriften finden viele geneigte Leser in einem Milieu, das schneller als erwartet begriffen hat, daß Schluß mit lustig ist, seit die geringe Furcht der Herrschenden, dem Schlachtruf »Geht doch nach drüben!« könnten einmal einige folgen, der ruhigen Gewißheit gewichen ist, daß, wer hier nicht pariert, nirgendwo auf der Welt einen Unterschlupf finden wird. Die Auswirkungen dieser Änderung auf die Psychen kann man kaum überschätzen, denn daß zuvor keiner nach drüben gegangen ist, sagt ja noch nichts darüber, was die Vorstellung, im Falle künftiger Verfolgung diesen letzten Ausweg gehen

zu können, zur Selbstsicherheit beim Opponieren und Kritisieren beigetragen hat. Und das galt keineswegs nur für Freunde des realen Sozialismus, sondern sogar für anarchistische Studenten und sozialdemokratische Betriebsräte, von den Mitgliedern bewaffneter, militanter, autonomer oder sonstwie oppositioneller Gruppen nicht zu reden.

Was einmal antikapitalistische, antiimperialistische, systemfeindliche, systemkritische oder bloß systemüberwindende Opposition hieß, hat auch verstanden, daß es kein Hindernis mehr gibt, das die Herrschaft abhalten könnte, Gegner ihrer Ordnung auf jede mögliche Weise abzustrafen und die ernsthafteren unter ihnen, wenn's nötig würde, einzubuchten. Es sieht freilich ganz und gar nicht danach aus, als dürfte man auf das Eintreten entsprechender Zustände in absehbarer Zeit hoffen, zumal der freie Markt das Gröbste bereinigen wird, ohne daß die freiheitliche Staatsgewalt losgelassen werden muß. Ohne Verbot, Beschlagnahmungen oder sonstige Repression sind fast alle systemkritischen Publikationen entweder eingegangen, oder sie versuchen, sich durch Anschluß ans teure Vaterland zu retten, und ziehen diejenigen ihrer Leser, die ihnen nicht vorausgegangen sind, hinter sich her.

Die Amputation der antikapitalistischen Position aus der öffentlichen politischen Diskussion hat Folgen: Weil links von Lafontaine nur noch die Mauer ist und also nichts, findet sich die Rechte unversehens in der Mitte, wo es freilich beängstigend eng wird. Da drängeln sich Sozialdemokraten, die nicht einmal als Regierungspartei unter Schmidt-Mogadischu so jämmerlich reaktionär daherpolitisiert haben wie jetzt als Oppositionspartei, und deren einst gefährlichsten Jusos zu allem, was die Regierung will: Ausländer raus, Reallohnsenkung, Ustaschahilfe, Feiertagsarbeit, Honecker an die Wand, stets eine noch herbere Variante einfällt. Da drängeln sich die Bürgerbewegten, die sich zwischen CDU und SPD noch nicht so recht entscheiden können, und die Grünen, die heute schon damals, im SDS, im KBW und in der KPD/AO, *nicht links gewesen sein wollen, und da drängelt sich das ehemalige Protestmilieu, von A bis W, von Antje bis Walser, das zum Beweis seiner Reichsbrauchbarkeit* die Diskussion über die Behandlung kommunistischer Verbrecher am liebsten in der »FAZ« und in der »Welt« führt, weil diese beiden, die über Jahrzehnte noch für jeden faschistischen Diktator oder Foltermeister ein gutes Wort eingelegt haben, anders als manche Liberalen über den Verdacht, den Kommunismus nicht entschieden genug bekämpft zu haben, erhaben sind. Besonders mit der Kampagne für ihren kroatischen Liebling, von dem das »Hamburger Abendblatt« am 18. März in einer Überschrift melden mußte: »Tudjman auf den Spuren der Nazis«, scheinen sich Reißmüller und Ströhm den Unterschriftstellern der Nation ins Herz geschrieben zu haben.

Nach dem Igel und dem Stachelschwein hat jedenfalls auch die ehemals rumorende Linke in Deutschland (und im übrigen Westeuropa) eingesehen, daß es schön ist auf der Welt zu sein, und zwar auf jener Ersten, in der es reichlich zu futtern und zu saufen gibt, jede Menge Katalysatoren, Naßzellen, Apotheken, und es überhaupt nicht schwächt, hunderte Millionen, die weit hinter der Türkei leben, als Parasiten zu befallen. Und damit es noch schöner wird, zu Weihnachten etwas dagegen zu tun, daß so viele Kinder auf der Welt sterben müssen – mit Unicef.

Von Hermann L. Gremliza erschien zuletzt das Buch »Ein Volk gibt Gas. 28 Berichte zur Lage der deutschen Nation«, KONKRET Texte 2, Hamburg 1992

... the bad and the ugly

Von Jan Philipp Reemtsma

In den Jahren 1989/90 hat die Linke ihren weltgeschichtlichen Bezugsrahmen verloren – das heißt: Es gibt sie nicht mehr

Zu Ende gedacht, heißt die historische Alternative: entweder ist das Stalinsche Regime ein häßlicher Rückfall beim Umwandlungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft in eine sozialistische, oder es ist die erste Etappe einer neuen ausbeuterischen Gesellschaft. Wenn sich die zweite Prognose als richtig erweisen sollte, dann wird natürlich die Bürokratie zur neuen Ausbeuterklasse. Wie bedrückend auch immer diese zweite Perspektive sein mag, wenn das Weltproletariat wirklich unfähig ist, die Mission zu erfüllen, die ihm der Gang der Entwicklung auferlegt hat, so bleibt keine andere Möglichkeit, als offen einzugestehen, daß das sozialistische Programm, das auf den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft beruht, eine Utopie ist. Dann wäre offenbar ein neues ›minimales‹ Programm notwendig – zum Schutz der Interessen der Sklaven einer totalitären bürokratischen Gesellschaft.«

So Leo Trotzki am 25. September 1939. Das Zitat ist, auch wenn man alle Geschichtstheologie von der vom Gang der Entwicklung auferlegten Mission usw. abzieht, interessant und merkwürdig. Warum denn sollte eine gescheiterte, eine nicht zu Ende gebrachte, eine verratene, eine in einen Thermidor mündende Revolution gleich eine ganze Utopie beenden? Die Weltgeschichte ist doch auch keine Turnhalle, wo, wer beim dritten Mal den Aufschwung immer noch nicht schafft, auf dem Bänklein bleiben muß. Der Gedanke liegt natürlich nahe, daß der Vater sein Kind überschätzt und Trotzki 1917 und die Folgen: Wenn das nichts war, dann ist gleich gar nichts mehr möglich. Und hier wäre Trotzki – nicht in den Gründen, aber im Ergebnis – den Apologeten des Stalinismus recht nahe.

Nun ist das Ende der nominalsozialistischen Systeme in Osteuropa und das Ende der UdSSR für das Geschichtsbild, um das es hier geht, schlimmer als die von Trotzki benannte »zweite Prognose«. Die stalinistischen Bürokratien haben sich nicht zu eigenständigen Klassen entwickelt (und das mag eine der interessanten Ursachen für die Instabilität der von ihnen repräsentierten Systeme sein), sie sind auch nicht besiegt worden. Die Prognose irgendeines US-amerikanischen Publizisten oder Präsidenten (wer immer es gewesen sein mag), »der Kommunismus« werde nicht mit einem Knall, sondern mit einem Winseln zu Ende gehen, hat sich aller Voraussicht nach bewahrheitet. In diesem Zerfall bürokratischer Macht aber hat eine historische Chance gelegen. Die ökonomische wie politische Macht hätte aus den Kanzleien auf die Straße zurückgeholt werden können. Oder sagen wir vorsichtiger: Es hätte der Gedanke naheliegen können, es zu versuchen. Es hat aber faktisch niemand diesen Versuch für wert gehalten, unternommen zu werden.

Lenin-Statue wird abtransportiert, Wilna, August 1991 — Foto: Sipa

So ist nun rückblickend das Ereignis »1917« und sind die ihm folgenden Jahre nur eine Retardierung des Globalwerdens der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewesen. Bis vor kurzem konnte auch ein kompromißloser Kritiker des Stalinismus von einer »eingefrorenen«, einer »aretierten«, oder welches Bild immer man wählen will, welthistorischen Chance sprechen. Aber eine Chance, die nicht verpaßt, sondern nicht gewollt wird, hat es in gewissem Sinne nicht gegeben, und darum verändern die Jahre 1989/90/91 auch den Charakter des Jahres 1917, und zwar unabhängig davon, welche Ursachen man für das Desinteresse an dieser historischen Chance angeben will.

Verändert sich damit auch der kritische Standpunkt, von dem aus man »den Kapitalismus« oder »die bürgerliche Gesellschaft« oder die Politiken der wirtschaftlich stärksten Länder anzusehen die Gewohnheit hatte? Jein. Nehmen wir die Vorbereitungen der USA zu einem Krieg am Golf. Eine imperialistische Aggression? Sicherlich. Wäre also die Parole: »Amis raus aus Saudiarabien!«? Sehen wir einmal von der Frage ab, wer eine solche Parole wem mit Aussicht, gehört zu werden, hierzulande zurufen wollte. An der Parole ist aber zudem unbehaglich, daß man nicht recht weiß, was man – abgesehen davon, daß es nicht zum Krieg kommen möge – den Einwohnern der betreffenden Region wünschen möchte: von den USA oder von Saddam Hussein dominiert zu werden. Ich persönlich zöge – möglicherweise aufgrund eines klassenspezifischen sowie weltregional bedingten Vorurteils – die erste Möglichkeit vor. Und wer mich auf die von Napalm Verbrannten in Vietnam hinweist, dem deute ich auf die vergasten Kurden.

Es fiele mir mithin schwer, den Satz »Die Kriegsvorbereitungen der USA am Golf sind eine imperialistische Aggression ...« fortzuführen mit: »...also sind die Kriegsvorbereitungen des Irak Vorbereitungen zu einem anti-imperialistischen Wasauchimmer (gar ›Befreiungskrieg‹)«. Das liegt nicht ausschließlich an der in vielerlei Hinsicht fatalen Figur Husseins (zu dem, jenseits aller o.a. Vorurteile, genug zu sagen wäre, auch wenn man nichts von dem in unseren Zeitungen üblichen Unsinn vom »irakischen Hitler« mitmacht). Das liegt auch nicht nur daran, daß das diktatorische Regime Vietnams, das massenmörderische Kambodschas als Folgen eines imperialistischen Krieges verstanden werden können (wenn auch nicht vollständig darauf reduziert, denn es gibt ja im menschlichen Handeln keine Ursache-Wirkung-Beziehung, sondern nur Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten), während das etablierte Regime Husseins ja zu den Kriegsvoraussetzungen gehört. Es liegt auch am fehlenden weltgeschichtlichen Bezugsrahmen.

Solange es nämlich einen solchen gab (natürlich »in den Köpfen«, wo sonst?), war eine Trennung zwischen der Beurteilung einer spezifischen Politik und deren »objektiver Funktion«, wie man so sagte, möglich. Ich sage nicht: vernünftig, angebracht, moralisch vertretbar, politisch richtig, sondern: möglich. Diese Trennung aber braucht einen letztlich geschichtsphilosophischen Rahmen. Und ein solcher Rahmen braucht ein Minimum von Plausibilität. Will man eine »Befreiungsbewegung« – die Ideale, unter denen sie antritt, mögen so sonderbar und befremdlich sein, wie sie wollen – als Teil jenes Revolutions- oder Befreiungsprojektes sehen, für das »1917« nicht als Erfüllungsdatum, wohl aber symbolisch stand und real stand als Projektionsfläche für die Hoffnungen von Millionen von Menschen, dann muß außer dieser besonderen »Befreiungsbewegung« sich sonst noch etwas »Derartiges« tun in der Welt. Der Kapitalismus aber hat ein Stadium erreicht, wo er ohne »inneren Feind« dasteht, soll heißen: Es gibt einfach keine der Erwähnung werte politische Opposition, die ein irgendwie gearteter anti-kapitalistischer Konsens einte. Wenn er nun bald auch – die VR China und ein paar andere Länder mögen mir vergeben, wenn ich sie mal kurz, aber aus Gründen, übersehe – ohne territoriale Grenzen dasteht, ist das nicht nur »sein« welthistorischer Triumph, sondern aufgrund der Umstände dieses Triumphes, dem Desinteresse an der »aretierten Chance« von 1917, auch das Ende jenes historischen Bezugsrahmens, in dem sich seine Kritiker sahen. »Die Linke« hat nicht nur welthistorisch verloren, sondern es gibt sie nicht mehr. Es gibt Individuen, Gruppen, Argumente, Analysen – sicherlich. Aber es gibt keinen Zusammenhang, der all das zusammenfaßte als »die Linke«.

Das mag nun alles wie eine nachträglich sehr merkwürdige Fixierung auf die Sowjetunion klingen, und was bei Trotzki verständlich sein mag, dürfte bei einem bürgerlichen Intellektuellen des Jahres 1990 skurril wirken. Doch auch auf die Gefahr hin, mich auf engem Raum zu oft zu wiederholen: Es braucht keine nachträgliche Sympathie für die nominalsozialistischen Regimes, um zu genanntem Ergebnis zu kommen. Möglicherweise ist derjenige, der ohnehin nie gemeint hat, es gebe zu ihnen eine sozialistische oder eben im weitesten Sinne »linke« Alternative, mal wieder besser dran: Zuvor konnte er sich um die Erkenntnis der Realitäten herummogeln, nun kann er sich auf die Jahre 1989/90/91 in den Kategorien von Sieg und Niederlage beziehen und kann der Geschichte jenes Minimum an Heroismus- Phantasien abgewinnen, das, wenn man sonst nichts hat, doch immer tröstlich ist.

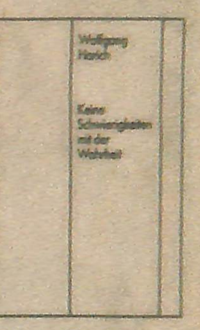
Aber es ist eben keine »Niederlage des Sozialismus« gewesen, sondern die massenhaft ausgeschlagene Chance, doch noch einen Schritt zu seiner Verwirklichung zu tun. Der Blick auf die Weltgeschichte, deren Zeuge zu sein wir die Gnade der zeitigen Geburt haben, wird sich verändern. Ein Kind fragt bei einem Geschehen, das es nicht versteht, wer »die Guten« seien. Wenn man's ihm sagt, meint es, etwas verstanden zu haben, denn man hat ihm einen Bezugsrahmen für das gegeben, was es sieht. Fehlt der, so weiß es nicht, wer »gewinnen« und es ob bei so oder so beschaffenem Ende sich freuen oder weinen soll. Die Wirklichkeit macht uns kein überzeugendes Angebot, Bush oder Saddam Hussein zum »Guten« zu erklären, und die Geschichtsphilosophie, mit deren Hilfe wir uns hätten überreden können, es doch zu tun, ist abhanden gekommen. Wer ist im Libanon »der Gute«? Wer in Peru? Wer in Serbien?

Es mag der Blick auf die Weltgeschichte dem ähnlich werden, den man durch die Seiten eines Geschichtsbuches auf die Kriegs- und Verwüstungszüge des Dreißigjährigen Krieges tut: Man möchte schreien, daß sie nur ein Ende mit dem machen sollen, was sie da tun, egal »wer gewinnt«.

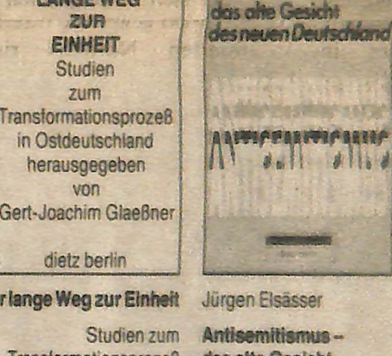
Jan Philipp Reemtsma ist Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung. Sein Beitrag erschien zuerst in KONKRET 12/90

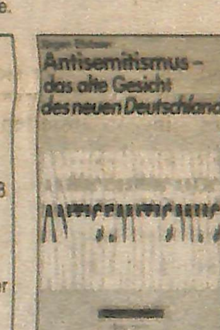






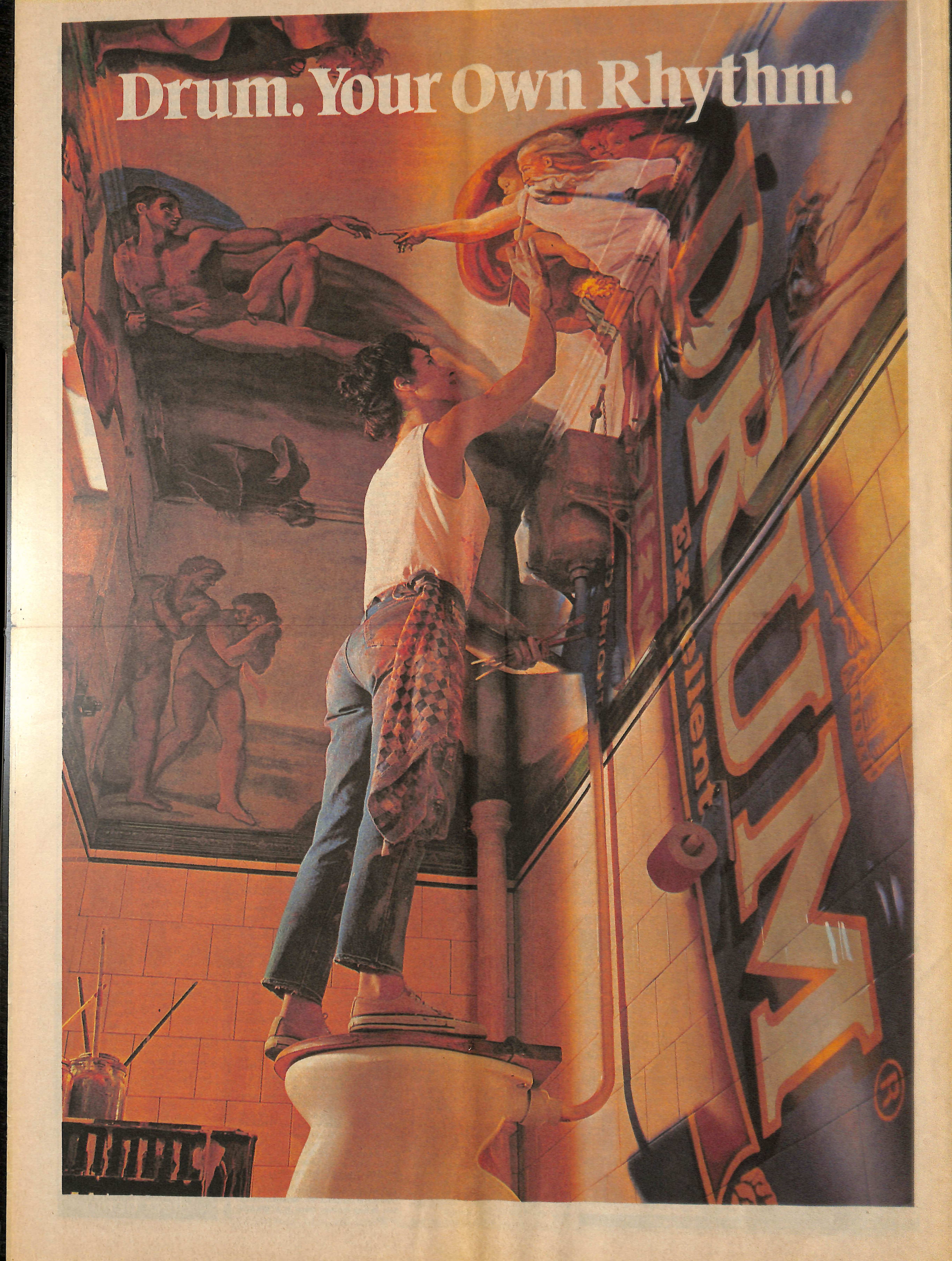











Drum. Your Own Rhythm.
DRUM
Excellent